

die Bewohner der
ereitigung von See-
rauen. Einen Be-
nt in Geestemünde,
zusammengestellte
enn eintönig wird.
t Geestemünde den
Festlandes bildet,
lt: Man foch den
von innen reinigen
er sich angerichtet
heraus, diese haben
Den durch das
zurück.
Nahre alte kleine
Berjon eines hohen
ur erhalten, der
stum seines Kopfes
nten Tschun ist auf
Schu berufen wor-
lich erscheinen, für
er Wichtigkeit. So
und die Kaiserin-
Kaisers nicht ge-
st sich der kindliche
der chinesischen all-
beleben zu richten,
wurden, als sie vor
n ist dem Chinesen
d, daß dieser auf
ein schlechtes Haar-
mels lächerlich er-
Mandchugeseh, daß
dieses Kaiserreiches
he Sorge um den
Der Mandarin
zu kümmern, als
allertitron Chinas
agt.
el Ma ta in der
a, ohne der Gefahr
r wenigen bekannt
natürlichen Felsen
tügen Vorräte an
e Bevölkerung der
riesenbau dieses
hieflich von Buch-
an auch das wun-
erbandt, die
ischen Position ge-
Arbeitskraft der
benutzt, die dem
die großen Docks
fortifikationswerke,
hen Kolonialbesitz
hört worden. Die
ellos in der Graf-
fruchtbarstem De-
uarbeit zu einem
nd ein malerisches
euchte, schwammige
und Klumpen für
rbe sie mit unge-
r Land nicht weni-
ar das geistliche,
ne Arbeit des Am-
Verst, das für die
t. Ist von der Hand
die Wagen, die die
uchten, sind Buch-
und aus der Buch

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich inklusive
Befehlsgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Verantwortlicher
Herrn Dr. J. H. S. Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Insertionspreis
für die einspaltige Zeitschrift oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Insertions-Annahme
bis 1/2 Uhr vormittags. Größere
Insertate müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.
Nr. 145. Bielefeld, Freitag, 25. Juni 1909. 20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Der Junkerblock auf dem Siegeszuge.

Wir haben die entscheidende Abstimmung im Reichstag hinter uns, und die Situation fordert zu einer Vergleichung mit der vom 13. Dezember 1906 förmlich heraus. Damals waren dem Reichstanzler 9 Millionen Mark für Südbaltika durch eine Mehrheit von 176 Stimmen, die sich aus Zentrum, Polen und Sozialdemokratie zusammensetzte, verweigert worden, 20 Millionen sollten bewilligt werden, wobei niemand im Unklaren war, daß es sich bei dieser Frage der 9 Millionen um gar keine Prinzipienfrage handelte. Und trotzdem wurde die Ablehnung sofort mit der Auflösung des Reichstages beantwortet. Gestern ist der Regierung eine höchst wichtige Steuer, welche sie als prinzipiell notwendig bezeichnet hat, durch eine Mehrheit von 194 Stimmen, welche sich aus Zentrum, Polen und Konservativen zusammensetzt, abgelehnt worden. Daß es sich bei dieser Ablehnung um eine Prinzipienfrage handelt, darüber kann kein Politiker im Zweifel sein. Und dennoch hat der Reichstanzler nicht sofort die Antwort darauf gegeben mit der Auflösung des Reichstages.

Trotzdem oder vielleicht richtiger gerade deswegen nicht. Als Bülow nach der definitiven Niederlage der Regierung gestern den Reichstag verließ, mögen ihm wohl wehmütige Gedanken durch seinen sorgenschweren Diplomatenkopf gezogen sein in Erinnerung an jene Polsterabstimmung vor der unmöglichen liberal-konservativen Paarung, die damals doch Ereignis wurde. Es war nur ein kurzer Triumph Bülow'scher Staatskunst, und die Sozialdemokratie hat doch recht behalten, welche die Liberalen vor dieser Prostitution dringend warnte. Immerhin hat Bülow die Liberalen im Schlepptau behalten, die Konservativen sind es, welche ihm seine Politik zerrissen, die Ritter wollen nicht von ihrem Heiligen hinweg, sie wollen bleiben, was sie sind und sich nicht stückweis ihre Herrschaft nehmen lassen.

Und so kommt auf dem Umweg über die Wollschäferlichkeit doch schließlich ein Stück weltgeschichtlicher Krisis in Preußen-Deutschland zustande. Denn vor 2 1/2 Jahren war es eine Tollheit, heute aber ist es wirklich ein Stück der Stücken Weltgeschichte, mag es zur Auflösung des Reichstages oder zur Demission Bülows führen.

Das Programm des konservativ-merikanischen Blockes geht seiner Vollendung entgegen. Gestern wurde die Kottierungsteuer angenommen, heute die Erbschaftsteuer abgelehnt. Mit 194 gegen 186 Stimmen wurde sie in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Der Reichstag trug ganz das Gepräge eines sogenannten großen Tages. Die Wandelgänge überfüllt, die Tribünen zum Brechen voll, der unvermeidliche Photographenapparat der Scherzpresse an seinem Platz, ganz wie bei der Auflösung 1906. Und die Auflösungsgerüchte, die die letzte Zeit nicht zur Ruhe kommen wollten, nehmen scheinbar greifbare Gestalt an. In Abgeordnetenkreisen wird erzählt, daß Bülow, der mit seinem Ministerstabe zur Stelle ist, die Auflösungsordre bereits bei sich trage, und daß sein Alibi Loebe den Konservativen von dieser Tatsache in aller Form Mitteilung gemacht habe. Bülow selbst hält sich sehr zurück; mit scheinbarer Aufmerksamkeit lauscht er den Reden, die der Erbschaftsteuer noch gewidmet werden. Denn geredet wird, und zwar sehr ausführlich. Nichts von Freiberger v. Hertling als Vertreter der ablehnenden Mehrheit verifizieren noch einmal, daß sie ihre Meinung nicht geändert haben, während die Freikonservativen, ein Nationalliberaler und ein Antisemit sowie ein Freisinniger sich mit mehr Zungenkraft als Geschicklichkeit bemühen, den Reichstag der Erbschaftsteuer günstig zu stimmen.

Genosse David begründet die sozialdemokratischen Änderungsanträge, die aus der erbärmlichen Mißgeburt der Regierungsvorlage erst eine Erbschaftsteuer zu machen geeignet sind, die diesen Namen auch wirklich verdient. Er benötigt die Gelegenheit, sowohl den Junkern wie der Regierung ein gerüttelt Maß herber Wahrheiten zu sagen.

Endlich, nach einer lärmenden Rede des Antisemiten Lattmann und einer nach Tantenhausen riechenden Zentrumsrede des bayerischen Bauern doktors Heia kommt die Abstimmung über den entscheidenden § 9a der Vorlage, der in das seit 1906 bestehende Gesetz eine erhöhte Steuerfala einfügt und die Steuerpflicht auf Erbschaften der Ehegatten und Deszendanten ausdehnt. Die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge, die zunächst zur Abstimmung gelangen, werden mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Abgelehnt werden auch die übrigen Änderungsanträge, für die die Sozialdemokraten, weil sie Verbesserungen sind, stimmten. Nunmehr steht noch zur Abstimmung der § 9a in der Fassung der Regierungsvorlage. Diese Abstimmung ist auf Antrag der Sozialdemokraten namentlich. Wie schon erwähnt, stimmen für die Vorlage 186 Abgeordnete (Freikonservative, Antisemiten, Nationalliberale, Freisinnige und Sozialdemokraten), gegen sie 194 Abgeordnete (Konservative, Zentrum und Polen).

Die Entscheidung ist gefallen, aber Bülow, der sich noch während der letzten Reden entfernt hatte, erscheint nicht mehr im Saale. Die Beratung geht weiter.

Bei § 10 kommt es noch einmal zu einer zweifelhaften Ab-

stimmung. Es muß Hammelsprung stattfinden, aber auch dieser Paragraph wird mit 190 gegen 160 Stimmen abgelehnt.

In rascher Folge und ohne große Aufmerksamkeit werden dann die übrigen Paragraphen erledigt und zwar alle abgelehnt, einschließlich der Uberschrift, so daß für den Reichstag auch diese Regierungsvorlage endgiltig beseitigt ist. Eine dritte Lesung gibt es nicht, wenn in der zweiten Lesung alles abgelehnt wird.

Was nun? Nach der Ankündigung Bülows vor einer Woche muß etwas geschehen, sofern seine Worte nicht leere Redensarten waren. Er wollte die Konsequenzen ziehen, wenn die Finanzreform nicht im Sinne der Regierungsvorschläge zustande komme. Die Annahme der Kottierungsteuer und die Ablehnung der Erbschaftsteuer liegen nicht im Sinne der Regierungsvorlage. Wird Bülow nun demissionieren? Oder wird er den Reichstag auflösen?

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Zentrum und Bülow. Berlin, 24. Juni. Die Möglichkeit eines Kanzlerwechsels aus Anlaß der Zuspühung der innerpolitischen Lage wird in einer offiziellen Berliner Zuspühung der „Süddeutschen Reichs-Korrespondenz“ in Form einer Polemik gegen die Presse des Zentrums erörtert. In dieser wurde seit längerer Zeit von einem Kanzlerwechsel nur im Tone erlärter Gleichgültigkeit gesprochen. Man halte es für klug, je näher man sich dem genannten Ziele glauben könne, so darauf loszugehen, als habe man kein Interesse, es zu erreichen. Die untern Polen und Zentrumsleuten nachstehenden ausländischen Blätter, namentlich die französischen, seien weniger vorsichtig. Aus ihren Spalten klangen die Jubelrufe hervor, die in der deutschen Zentrums-Presse aus tatsächlichen Gründen noch niedergehalten wurden. Dann fährt die Zuspühung fort: Die „Kölnische Volkszeitung“ hat in leicht erkennbarer Absicht dem Kanzler nachsagen wollen, er sei nach seinen letzten Erklärungen vor dem Reichstage ein Gefangener der Liberalen. Das ist bloß Tendenz-macherei. Fürst Bülow hat erklärt, daß er sich keiner einzelnen Fraktion unterordnen und ebenso deutlich hat er die Mehrheit bezeichnet, der er sich nicht beugen wird; es wäre eine Mehrheit aus Polen, Zentrum und Konservativen, die in der Frage der Reichsfinanzreform die Liberalen niederstimmen würde. Mit einer solchen Mehrheit gegen den Liberalismus die parlamentarischen Geschäfte zu führen, ist Fürst Bülow außerstande. Das müßte ein anderer Kanzler versuchen.

Gegen die Steuer auf Versicherungs-Policen. Die Vereinigung der Deutschen Feuer- und Lebensversicherungs-Gesellschaften bezieht in einer Petition an den Reichstag die Besteuerung der Versicherungssummen als eine außerordentliche Ungerechtigkeit, die den Teil der Bevölkerung schädigt, der Schwere, die er versichern muß, erst durch produktive Arbeit zu Vermögensbesitz werden läßt, und ferner auch den Teil, dessen einziger oder wesentlicher Besitz in dem für die Lebenshaltung notwendigen Mobiliarbesitz besteht.

Die Ausdehnung der Gewerbeordnung auf die Staats- und Gemeindebetriebe befürwortet der badische Techniker-Verband. Er hat seine Vorstandschaft beauftragt, eine dahin zielende Petition an den Reichstag zu richten.

Weshalb ein Lehrer in Nordfriesland gemagtregelt wird. Der Schullehrer Lorenzen in Ballum, Kreis Zöndern, erhielt von seiner vorgesetzten Behörde die Aufforderung, entweder sofort seine Entlassung zu nehmen oder sich nach dem Vollzeiteinrichen versehen zu lassen. Da Herr Lorenzen sich nicht das Geringste im Amt hatte zurückgeben können, vermutete man, daß er aus politischen Gründen gemagtregelt werde. Nun wird aber der mit Staatsgeldern unterstützten Schleswigholten Grenzpost gemeldet, daß die Magerregelung des Lehrers erfolgt sei, weil er Mitglied eines Abstinenzvereins ist und gegen den Alkoholgenuß als Redner aufgetreten war.

Ein preussischer Volksschullehrer darf also nicht gegen den preussischen Fasel mucken.

Wer nicht Zentrum wählt, kommt nicht in den Himmel. In einem bei der katholischen Missionsdruckerei in Steyl, Post Kalbentkirchen (Rheinland), erschienenen Gebetbuch findet sich in dem „Reichs-Spiegel“ der zweiten Reichstags-Sitzung die Frage: „Gabe ich auch bei Wahlen meine Schuldigkeit nicht getan?“ Man sieht, welcher unerhörte Gewissenszwang von der katholischen Geistlichkeit auf die furchtbarste Bevölkerung bei der Wahl geübt wird. Kein Wunder, daß das Zentrum in den ländlichen Wahlkreisen einen so gewaltigen Einfluß hat. Angewendet werden die Kosten der Agitation wesentlich vermindert dadurch, daß die Sendlinge des Zentrums aus der Staatskasse in der Form der Pfarrergehälter bezahlt werden.

Die Beamtenbesoldungsvorlage dürfte dem Reichstage noch einige Schwierigkeiten machen. Die Kommission hatte ein Anfangsgehalt von 1800 Mk. vorgelegen, während das preussische Besoldungsgesetz nur ein Anfangsgehalt von 1650 Mk. aufweist. Die von der Budgetkommission beschlossenen Sätze auf Preußen angewandt, würden eine Mehrausgabe von über 8 Millionen Mark erfordern; deshalb hat der Bundesrat die Vorschläge der Kommission für unannehmbar erklärt. Die Subkommission hat sich in mehreren Sitzungen wieder mit der Vorlage beschäftigt, ohne bisher zu einem Resultat gekommen zu sein.

Die Sandhuhnung des Reichsvereinsgesetzes. Unseren Genossen in S. a. n. steht zur Abhaltung von politischen Versammlungen kein Total zur Verfügung. Sie halten sich damit, daß sie auf dem Grundstücken eines Genossen, das Platz für circa 7000 Personen bietet, Versammlungen unter freiem Himmel abhalten. Als am vergangenen Sonntag wieder eine Versammlung stattfinden sollte, wurde vom Amtsvorsteher die Genehmigung verweigert. Der Einberufer der Versammlung wandte sich beschwerdeführend an den Landrat. Dieser antwortete: Durch die Massenansammlung auf freiem Felde seien bei der Versammlung am 2. Mai viele Neugierige, meist Spaziergänger mit ihren Kindern, angelockt worden. Es hätte ein Fußwerk kommen können, die Pferde hätten möglicherweise geteilt; die Kinder wären unter das Fußwerk geraten, und dadurch würde ein großes Unglück herbeigeführt worden sein. Weibchen sei erwiesen (?), daß sich das Grundstück nicht zu einer Versammlung

unter freiem Himmel eignet, und somit sei die Genehmigung auf Grund des § 7 des Reichsvereinsgesetzes „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ mit Recht vom Amtsvorstand verweigert worden.

Unsere Genossen haben selbstverständlich diese landrätliche „Begründung“ angefochten.

Summern, Spargel und Landtagsfische. Ein Medlenburger mit Schamgefühl schreibt einem Schweriner Blatt: „Hier in Hamburg berührt es mich als geborenen Medlenburger immer beschämend und direkt demütigend, wenn in den Zeitungen „medlenburgische Rittergüter mit Wahlberechtigung zum Landtag“ gerade so, als handele es sich um Selgoländer Summern und Lübeder Spargel, feilgeboten werden. Aus einer einzigen Nummer eines Hamburger Blattes greife ich z. B. zwei derartige Blüten heraus. Hier sind sie:

I. Rittergut in Medlenburg, mit Sitz und Stimme im Landtag, 356 Morgen Marschweiden am Hause, neue Gebäude, gute Jagd, mit komplettem, lebendem und totem Inventar, für 190 000 Mk. bei 50 000 Mk. Anzahlung zu verkaufen.

II. Rittergut in Medlenburg, mit Sitz und Stimme im Landtag, 356 Morgen groß, größtenteils erstklassige Fettweiden und Wiesen, neue schöne Gebäude, in etwa zwei Stunden von Hamburg zu erreichen, für 200 000 Mark zu verkaufen. Hypothek oder kleines Haus wird eventl. in Zahlung genommen.

Der Appell an das Schamgefühl wird aber den Medlenburgern nichts nützen, da die Privilegierten von diesem Gefühl sich völlig frei fühlen. Sie werden daher schon zu stärkeren und wirksameren Mitteln für Einführung parlamentarischer Zustände greifen müssen.

Der russische Rubel in deutschen Zeitungsredaktionen. Der Petersburger Mitarbeiter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ telegraphiert seinem Blatte:

Petersburg, 22. Juni. Ich erfahre soeben, daß die russische Behörde einen höheren Beamten nach Deutschland sendet, der mit großen Zeitungen Verbindungen anknüpfen soll, damit diese Artikel über russische Verhältnisse, wie sie ihnen von der Regierung zugefickt werden, veröffentlichten, zu dem Zweck, um eine ruffreundliche Stimmung in Deutschland zu erzielen.

Wir zweifeln nicht, daß der „höhere russische Beamte“ bei der bürgerlichen Presse Deutschlands den gewünschten Erfolg haben wird.

Der Speisewagenloß ist trotz allen Protestes am 20. Juni in Kraft getreten. Die Speisewagen sind mit Plakaten versehen, die die Aufschrift tragen: „Für Reisende 1. und 2. Klasse.“ Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat die Ausführung des Erlasses den einzelnen Eisenbahndirektionen überlassen. Die Direktion Halle hat hieron den weitestgehenden Gebrauch gemacht, indem sie auch den Reisenden 3. Klasse gestattet, den Raum der 1. und 2. Klasse zu benutzen, soweit es der vorhandene Raum zuläßt. Das Fahrpersonal und auch das Personal des Speisewagens ist befugt, danach zu fragen, für welche Klasse das Billet gelöst ist. Auch soll es nicht erforderlich sein, daß die Reisenden sich zum Betreten des Speisewagens von dem Zugführer eine Karte für den Speisewagen erbitten müssen. Andererseits ist es den Reisenden 1. und 2. Klasse gestattet, in dem Raum 3. Klasse Plätze belegen zu lassen. Ferner ist von der Bestimmung, daß die Reisenden den Speisewagen erst 20 Minuten nach dem Bestehen des Auges betreten dürfen, Abstand genommen. Ein Reisender 3. Klasse darf nicht aus dem Raum 1. und 2. Klasse herausgewiesen werden, insbesondere dann nicht, wenn er beim Uebertritt aus einem fremden Eisenbahnhof in das preussisch-hessische in dem Abteil 1. und 2. Klasse geessen hat.

Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, soll man im Ministerium über den Erlaß der Hallischen Eisenbahndirektion sehr überrascht sein.

Die Betrugsaffäre des „Rhönix“. Die von der „Arbeiterzeitung“ aufgedeckte Ueberbeteiligung der Eisenbahnverwaltung durch die Aktiengesellschaft „Rhönix“ haben nun doch eine behördliche Untersuchung zur Folge gehabt. Der Präsident der Eisenbahndirektion in Essen erklärt in der „Dortmunder Zeitung“ in einer Verlautbarung, daß er auf den ausführlichen Bericht des Generaldirektors der Aktiengesellschaft „Rhönix“ eine Antwort überhaupt nicht erteilt habe. Infolge der Anschuldigungen der „Arbeiterzeitung“ sei vielmehr eine Untersuchung eingeleitet, die aber bisher noch nicht zum Abschluß gelangt ist.

Aus dem Reichstage.

Die Finanzkommission setzte Donnerstag die Beratung der Novelle zum Reichsstempelgesetz fort. Die Beratung beginnt mit dem Stempel auf Effektenpapiere und Schuldverschreibungen. Es liegt hierzu ein Antrag des Abg. Camp (fr.) und Genossen vor, der im allgemeinen die Steuerhöhe der Regierungsvorlage verdoppeln will. Die große Mehrheit der Kommission tritt für den Campischen Antrag ein. Abgeordneter Singer erklärt: Er habe die Ueberzeugung, daß die Regierungsvorlage mit Vertretern der Börse gemacht worden ist. Und wenn die Herren schon zahlen wollten, dann dürfe man sie in diesem löblichen Vorhaben nicht stören. Es gäbe zwar eine Grenze der Besteuerung auch für Einrichtungen, die heute einmal notwendig sind, aber diese Grenze erweise ihm noch nicht erreicht, weder mit den Sätzen der Regierungsvorlage, noch mit den Steuerhöhen des Campischen Antrages. Die Sozialdemokraten würden deshalb für den Antrag Camp stimmen. Nach einer langen Debatte, in der es zu einer scharfen Auseinandersetzung kommt über den Wettlauf zwischen Preußen und dem Reich in der Stempelsteuerverhöhung, kam es zur Abstimmung, die die Annahme des Campischen Antrages ergab. Es wird dadurch der Stempel auf Aktien auf 3 Prozent, der Stempel auf Schuldverschreibungen auf 2 Prozent festgesetzt.

Ein weiterer Antrag Camp bezweckt, den Umschlagstempel für Staats- und Wertpapiere zu erhöhen. Abg. Camp will zunächst den Umschlagstempel ausdehnen auf Renten und Schuldverschreibungen des Reiches und der Bundesstaaten, im übrigen aber den Umschlagstempel für alle übrigen Wertpapiere um durchschnittlich 1 pro Mille erhöhen. Zahlreiche Regierungsvertreter wenden sich ebenso gegen diesen Stempel, wie für die sozialdemokratische Fraktion der Abg. Singer, der besonders darauf verweist, daß die Behebung von Kommunalanleihen schwerer unter dieser Umfesterhöhung leiden würde. Abg. Camp bittet dringend, seinen Antrag anzunehmen, er sei die Brücke zur Verständigung der Linken mit den Mehrheitsparteien über die Kottierungs-

schwarzseidener Schal,
fabrizab.

fabriken usw. be-
deren Wohnsit-
Bereits im
Stadtverwaltung
des vom 1. April
bristen, welche in
lich den Betrag
wurde später
ordneten Zuschuß
der Bezirks-
Klägers auch das
Grund des § 53
len nicht zutriebe,
rückzuweisen sei.
auf hin, daß nach
am 10. Mai 1894
igten anzutreten
Interesse
Verwaltungsstreit-
kam eine Ein-
Gellershagen,
n für die Jahre
6000 Mark und
allige Verbindung
um Jahre 1905
re 1907 bis 1910
7 Mark, Bauer-
zu, zusammen
Zuschüsse hat die
einschüßigen ge-
Vorteile, welche
Anrechnung zu
Abkürzung dieses
vorausgegangen.
Die Gemeinde
Geschäftsjahr 1901
Volkschulwesen.
weise für die
Jahre 1906 erhielt
einschüßigen Ein-
F. 1906 eben-
Für 1906 und
en Male die Ge-
Zuschusses zu den
einen Teil der
einen Klage beim
Vergleichsber-
Heeren für die
von 800 Mark be-
der Magistrat 51
4 Sitzungen ab-
n 1278 (1286), die
lagen.
Lagebüchern für
gastelle und der
igen (Wohnungs-
X städtische Ein-
X übernommen
ist dem Stadt-
e des Kammer-
intern Vollbräuer
und 27, bestehend
entum zur Hälfte
21 Nr. 769/112,
und 1 Restaura-
dem Bäckermeister
13 von 8 a 20 qm
Welle 29 von zu-
des städtischen
in mit 8000 Mark
Welle 29 stellt sich
dem Regierungs-
der Witwe Hag-
Kolonnats Deesen
ist beendet.
ben sind. 1. von
aße 19, bestehend
anhaus für 4300
Grundstück Kessel-
mit aufstehendem
Markt; 3. von den
bed gen. Hunger
städtischen Grund-
23 der Gemeinde
Vielefeld Flur 4
Markt; 4. von dem
des Hallerweges
ha 55 a 29 qm
ur 1 Kesselfaß.)
in Vogt die Bar-
w., 779/2 usw.,
ger- und Sadowa-
g Spiel erhalten,
des Regelspiels
bekannt? Mit
es nichts zu tun.
welche es als ein
Wort ginel zu
n des hebräischen
l drei in dieser
Bezeichnung der
en? Gewiß wird
willfähige Mann
sie der süßliche
und Tand aller
die Gatte den An-
Gegenstände ge-
r Erbenbesitzer
chen Sinne; wenn
Glücklicherweise
umt ab von dem
meideln, liebsten
dessen, die Glitter-
eigentlich die Zeit
weil, ob das „ge-
„kleinsten Güte“

straße, zusammen 12 ar 64 qm für 17604 Mark (328 qm je
18 Mark und 936 qm je 12 Mark 50 Pfg.).
Im Berichtsjahre sind nach Vorstehendem insgesamt er-
worden 10 ha 6 a 21 qm unter Aufwendung eines Kosten-
betrages von 371 586 Mark 76 Pfg.; veräußert insgesamt — ha
20 a 84 qm für 48 496 Mark 01 Pfg.
Der städtische Grundbesitz ist in den letzten Jahrzehnten be-
trächtlich vermehrt worden, wie aus folgenden Zahlen hervor-
geht:
Er umfaßt (ohne Straßenflächen)
Ende des Jahres 1890 = 130 ha 95 a — qm
" " " 1895 = 263 " 70 " "
" " " 1900 = 416 " 62 " "
" " " 1905 = 488 " 62 " "
" " " 1907 = 706 " 55 " 61 "
Der Ende des Berichtsjahres vorhandene Grundbesitz diente
folgenden Zwecken:
a) Verwaltungsgebäude 62 a 41 qm
b) Bildungsanstalten 9 ha 25 " 73 "
c) Gebäude für Kunst und Wissenschaft 2 " 89 " 51 "
d) Anstalten für Gesundheitspflege 2 " 56 " 14 "
e) Marktanlagen 5 " C1 " — "
f) Subpart 37 " 63 "
g) Anlagen der Stadtentwässerung 92 " 35 " 42 "
h) Friedhöfe 14 " 28 " 33 "
i) Park- und Schmudanlagen 11 " 60 " 84 "
k) Wäldungen 44 " 59 " 07 "
l) Wasserwerk 239 " 08 " 69 "
m) Gaswerk 4 " 03 " 19 "
n) Elektrizitätswerk 81 " 17 "
o) Straßenbahnen 81 " 15 "
p) Rußbare Grundstücke 278 " 27 " 32 "
zusammen 706 ha 55 a 61 qm
Davon liegen außerhalb des Stadtgebietes 351 ha 67 a 36 qm.
— Brauereiarbeiterverband. Die Differenzen mit der Ham-
mer Brauerei Mark sind noch nicht beigelegt. Die Firma sträubt
sich, in Sachen des Tarifvertrages auf Verhandlungen sich ein-
zulassen. Als Grund hierfür muß die kommende Brauereier-
herhaltung. In Wirklichkeit aber möchte man die Organisation
aufhalten und hält dafür die jegliche Zeit am günstigsten. Schon
vor zwei Jahren mußten die bei dieser Brauerei beschäftigten
Arbeiter, um die Anerkennung des Tarifvertrages zu erlangen,
geschlossen die Arbeit niederlegen. Das konnten sie nur, weil
sie sehr gut organisiert waren. Deshalb auch der Groll gegen
die Organisation und die Ablehnung der Verhandlungen. Wenn
es zu einem erneuten Kampfe kommt, so muß hierfür die
Brauereileitung allein verantwortlich gemacht werden, da die
Organisationsleitung alles verjagt hat, die Angelegenheit auf
friedliche Weise beizulegen. Nun hat die Brauereileitung schon
jämlich in östlichen Westfalen liegenden Brauereien die
Mitteilung gemacht, daß sie (die Brauerei Mark) boykottiert sei,
trotzdem dies bis heute noch nicht der Fall ist. Es gewinnt also
den Anschein, als ob es die Brauereileitung zum Außeracht-
lassen lassen will. Der Kartellauschuss hat an sämtliche Ge-
meinschaften von Vielefeld eine Liste gelangt, auf welcher die
Witze, welche Hammer Markt-Bier führen, verzeichnet sind.
Diese Liste soll nicht ganz vollständig sein. Wir erfragen
deshalb die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute, welchen
Witze bekannt sind, die obige Liste führen, die auf der Liste
aber nicht verzeichnet sind, dies nachzuholen. Gleichzeitig er-
suchen wir die betreffenden Witze, dem Kartellauschuss (Hr.
Kölner, Marktstr. 8) oder dem Brauereiarbeiterverband (Hr.
Supper, Frießstr.) mitzuteilen, damit, wenn es zum äußersten
kommt, die Arbeiter sofort in der Lage sind, ihr Solidaritäts-
gefühl mit allem Nachdruck zu bezeugen. Der hiesige Vertreter
der Brauerei Mark, Herr Moog, geht in den Wirtschaften her-
um und sucht die Tatsachen zu verkleinern, indem er die Ver-
hältnisse der Brauerei als die denkbar besten preist. Offenbar
kennt die Herr aber diese Verhältnisse nicht, es läßt sich des-
halb entgegnen. Wir werden über den weiteren Verlauf auf
diesem Wege berichten. Die organisierte Arbeiterschaft von
Vielefeld fühlt sich eins mit ihren Kollegen in Hamm und wird
ihre Verbalten demgemäß einrichten.
— K. So. Mann der Arbeit, sollst du deine Feste feiern!
Dieses Wort trifft wohl auf keine Veranstaltung zu, als auf
jene, die der Metallarbeiterverband zu seinem 18. Stiftungsfeste
getroffen hat. Würdig, vornehm und humorvoll! Sonnabend
abend findet in der „Centralhalle“ Konzert des gesamten städ-
tischen Orchesters statt. Das Programm, welches zur Aufführung
gelangt, ist wirklich tadellos. Besondere Beachtung verdient in
diesem Jahre das Sonntag nachmittag auf dem Schienberge
stattfindende Waldfest. Schon seit Wochen sind die verschiedenen
Kommissionen tätig, etwas Gutes zustande zu bringen. Kein
triviales Kirmesprogramm soll aufgeführt werden, sondern nur
gute, humorvolle Sachen, so daß das Fest im wahrsten Sinne des
Wortes ein Volksfest wird. Wir dürfen leider nicht aus der
Schule plaudern, können deshalb aus der Fülle der Darbietungen
nur einiges mitteilen. Neben dem bekannt guten Konzert des
städtischen Orchesters wird die Hauskapelle für musikalische
Unterhaltung sorgen. Für Unterhaltung der großen und kleinen
Theaterfreunde sorgt ein Kaspertheater, während man sich in
einem Mariätenkabinett Belehrung über verschiedene mythische
Sachen holen kann. Verschiedene Volkslieder à la Sachs (nicht
zu verwechseln mit unserem Redakteur Max Sachs) werden die
Lebens- und Leidensgeschichte verschiedener Personen zum Vor-
trag bringen. Die Turner werden turnerische Übungen, Spiele
und Pyramiden zur Aufführung bringen, für die Kinder finden
allgemeine Spiele statt. Daß die Kinder mit Geduld beschenkt
werden und abends ein Kinderfahelzug stattfindet, sei nur neben-
bei bemerkt. Auch Preisrichter für Herren, Frießwerfen für
Damen fehlt nicht. Für leibliche Genüsse sorgen die diversen
Kuchen-, Wirtchen- und sonstige Stuben. Auch für Getränke ist
im reichhaltigsten Maße gesorgt. Die hiesige Ortsgruppe des
Arbeiter-Abstinenten-Bundes hat den Betrieb einer Kaffeestube,
sowie den Vertrieb sonstiger alkoholfreier Getränke übernommen,
womit aber nicht gesagt sein soll, daß die Besucher auf den
Alkohol ganz verzichten müssen. Im Gegenteil: auch Bier ist
in genügenden Massen vorhanden. Alles in allem: Besuche
jeder das Fest und überzeuge sich selber! Auch der schlimmste
Hypochonder wird kuriert werden. Nur noch eine Bemerkung
betreffs des Wetters. Daß gutes Wetter sein wird, halten wir
bei den guten Verbindungen der Metallarbeiter mit Petrus für
selbstverständlich. Sollte jedoch Petrus infolge des Kaiser-
beschlusses der Metallarbeiter verdrängt sein und wider Er-
warten schlechtes Wetter eintreten lassen, dann findet eben das
Fest in den verschiedenen Lokalitäten statt. Das eine ist aber
sicher: Im nächstjährigen Fleischmied wird er dafür gehörig
vermöbelt.
— Vielefelder Sommertheater. Aus dem Theaterbureau wird
uns geschrieben: Heute findet die Wiederholung des mit außer-
ordentlichem Beifall aufgenommenen Lustspiels „Der Dummkopf“
von Ludwig Fulda statt. Sonnabend ist das Theater ge-
schlossen. Sonntag findet eine neu inszenierte Auführung des
kurzen am Berliner Schillertheater mit großem Erfolg
ins Repertoire aufgenommenen übermütigen Schwantes „Der
Kilometerfreier“ von Kurt Kraus statt.
— Vorsicht! Hier sucht zurzeit ein Mann die Hausfrauen
auf, der einen Kitz anpreist, mit dem man angeblich Holz und
Porzellan gut zusammenfassen kann. Der angebliche Kitz ist
aber weiter nichts als Schellack, der in Wirklichkeit auf die
Dauer nicht zusammenhält, und der Mann verlangt dafür einen
Preis, der etwa zehnmal so hoch wie der Wert des Schel-
lacks ist.
— Polizeibericht. Diebstahl. In der Zeit vom 17. bis
24. d. M. ist von dem Hofe des Gymnasiums am Neßelwall
eine ca. 30pfündige Leiter gestohlen worden. Sachdienliche Mit-
teilungen nimmt die Kriminal-Abteilung, Turnerstr. 4, entgegen.
Vor Anlauf wird gewarnt.
Gefunden: 1 dreifarbige rote Engelshalskette, ein
schwarzeleiner Schal, 1 Müllgefäß, 1 Granatbroche, 1 Herren-
jacke.

Bugelaufen: 1 weiß- und gelbgekleideter Terrier, ein
Dobbermanpincher.
Verloren: 1 Broche mit drei blauen Steinen, 1 gestickte
graneline Kissenplatte, 1 schwarzes Damenportemonnaie mit
10 Pfg. Inhalt auf dem Bürgerweg, 1 schwarzes Herrenpor-
monnaie mit 12—13 Pf. Inhalt.
Im Polizeigefängnis erhielten 4 obdachlose Wan-
derer Unterkunft.
Versammlungen.
Freitag, 25. Juni.
Brauereiarbeiter-Abstinenten-Bund. Abends
8½ Uhr bei Mühlenweg: Bericht von der Konferenz.
Herjold. Soz. Verein. 5. Bezirk. Elberfelderstraße,
abends 9 Uhr bei Breder.
— 9. Bezirk, Eimier- und Windenerstraße, abends 9 Uhr, bei
Sieber.
Mhlen. Öffentliche Bürger- und Arbeiterver-
sammlung. Abends 8 Uhr bei Mehring. L.-D.: Der
Bauarbeiterstreik.
Sonnabend, 26. Juni.
Schilbeche. Soz. Verein. Abends 8½ Uhr bei Wirt
Hücher, Herforderstraße.
Brauereiarbeiter-Abstinenten-Bund. Abends 8½ Uhr bei Schröder.
Herjold. Soz. Verein. 4. Bezirk, Ahmserstraße, abends
9 Uhr bei Freitag.
— 6. und 7. Bezirk, Engerstraße, abends 9 Uhr bei Lüdke.
— 8. Bezirk. Abends 9 Uhr bei Fuhrmann. In allen Ver-
sammlungen Vortrag und Aufstellung der Delegierten zur
Generalversammlung.
Bünde. Gew.-Markt. Abends 9 Uhr.
Niederbessen. Soz. Verein. Abends 8½ Uhr bei Küster.
Sonntag, 27. Juni.
Vielefeld. Soz. Verein. 14. Bezirk. Vorm. 10 Uhr bei
Bedmann.
— Maurerverband. Vorm. 10½ Uhr bei Indiestel.
Brauereiarbeiter-Abstinenten-Bund. Vorm.
10½ Uhr bei Schröder.
— Textilarb.-Verband. Waldseit auf der Galsen-
heide.
Ummeln. Soz. Verein. Ausflug nach Schloß Holte. Ab-
marsch mittags 1 Uhr von Wirt Schröder, Brauereiarbeiter-
Kirchhagen. Soz. Ver. in. Nachm. 3 Uhr Vortrag des
Gen. Hoffmann-Vielefeld.
Blotho. Soz. Verein. Abends 8 Uhr bei Kassmann.
Vortrag des Gen. Hoffmann-Vielefeld.
Enger. Morgens 10 Uhr bei Niemann.
Stadthagen. Soz. Verein. Nachm. 2 Uhr im „Schaum-
burger Hof“.

Auf der Tabakarbeiterkonferenz in Blotho

wurde wieder bitter Klage über die noch meist übliche monat-
liche Lohnzahlung in der westfälischen Tabakindustrie
geführt. Die monatliche Lohnzahlung verdammt diese armen
Arbeiter ohne weiteres zur Lumpenwirtschaft auf dem Gebiete des
Konsums. In der Gewerbeordnungskommission des Reichstages
gelang es nun, zu § 115 der Gewerbeordnung einige ent-
scheidende Änderungen durchzuführen. So wurde in § 1 das
Prinzip der Barzahlung in Reichsmark auf Lohnverträge
ausgedehnt. Arbeitslohn und Gehalt ist, wenn die Kündigung
nierzehntig oder kürzer ist, spätestens wöchentlich, wenn sie
länger ist, spätestens monatlich zu zahlen. Soweit bei Unfor-
derarbeiten eine Berechnung nicht für diese Zeitabschnitte erfolgt,
ist für den Arbeiter an den bezeichneten Terminen ein der
verwendeten Zeit entsprechender Lohnbetrag zu zahlen. Ent-
gegenstehende Vereinbarungen sind nichtig.
Da Genosse Seering dieser Kommission angehört, so wird er
sich der Tabakarbeiter annehmen. Nur die Bequemlichkeit der
Verleiter ist ja in diesem traurigen Zustand in der
Tabakindustrie. Die Arbeiter müssen borgen, vielfach auf Bür-
schaft des Werkmeisters bei dessen Verwandten. Im Monats-
schluß gibt es dann oft anstatt des Geldes eine Aufrechnung der
gekauften Waren als Bezahlung. Sogar die reiche Firma Engel-
hardt u. Niemann nimmt den Kredit von ihren Arbeitern über
einen Monat in Anspruch. Hoffentlich gelingt es jetzt durch die
Gesetzgebung, Wandel zu schaffen.

Ziegelei- und Zieglerorganisation

Als wir kürzlich den unter diesem Titel in der „Volkswehr“
erschienenen Artikel lasen, wußten wir schon im voraus,
daß der Hauptmacher des Gewerkevereins der Ziegler in Lippe
beim Lesen desselben einen seiner bekanntesten Wutausbrüche be-
kommen würde. Man kann es daher Herrn Kreiling nicht weiter
anrechnen, wenn er sich in solcher Stimmung die ungläublichsten
Ausschreitungen leistet. Schon in der Einleitung seines
Abwehrartikels im „Gut Brand“ spielt ihm seine fabelhafte Ver-
börtheit infolge eines üblen Streichs, daß er sich in der Person
des Verfassers gründlich irt. Wir wollen gleich vorweg er-
klären, daß der vermeintliche Uebeltäter mit der Verfälschung
des Artikels absolut nichts zu tun hat. Es ist vielmehr ein
lippscher Ziegler von, um einen edel „christlich-patriotischen“
Ausdruck zu gebrauchen, echtem „Schrot und Korn“!

Damit richten sich die persönlichen Anpöbelungen, die sich
Kre. gegen den Gauleiter Berg erlaubt und die sich durch sein
ganzes „elenches Nachwort“ wie ein roter Faden hindurchziehen,
ganz von selbst. Schon der erste Satz seiner „Beipredung“
trägt das Geichen der Verdrehung an der Stirn. Wir haben
ausdrücklich festgestellt, daß die durch die mangelhafte Schul-
bildung bedingte geistige Regungslosigkeit — den — Arbeiter-
organisationen das Eindringen erschwere. Wir hätten uns
freilich im voraus sagen können, daß man von einem Gewer-
kevereinsführer nicht jowiel „geistige Regsamkeit“ verlangen kann,
daß er begreift, daß unter den Organisationen neben anderen
auch seine — gelinde gesagt — Karrikatur einer Arbeiterorgani-
sation — mit einbegriffen war.

Die Behauptung, uns seien leichtfertige und gedankenlos
Geld ausgebende Ziegler lieber, als sparame Ziegler, ist von
einer solch niederträchtigen Gemeinheit bittiert und dabei
so dämlich plump gemacht, daß selbst der Dummste den Schwin-
del merken muß. Nach dieser Leistung K.s scheint es, daß er
die Ziegler, trotzdem er ihnen in der widerlichsten Weise Henig
um den Mund schmeiert, noch um eine ziemlich Stufe geistig
regungsloser hält als wir. Wir wollen hier gleich anführen,
was einer der „Geistigen“ — Vagabunden, Herr Limberg, in
einer Verammlung in Schötmärz im Frühjahr 1908 über
die Schwierigkeiten in der Zieglerorganisation ausführte:
„Wenn der Fabrikarbeiterverband auch solche niedrige Beiträge
hätte als wir, dann würde er, glaube ich, auch mehr Erfolge
haben. Wir müssen die Ziegler eben zum Beitragen
zahlen erzwingen. Wir sind erst mit 120 Mk. angekommen,
als wir dann den Beitrag auf 240 Mk. erhöhten, ging uns die
die Hälfte der Mitglieder verloren. Heute aber, wo wir 360
Mark erheben, wird jeder Beitrag schon viel leichter gezahlt, als
damals 240 Mk. Ich persönlich würde mich außer-
ordentlich freuen, wenn wir den Beitrag so
hoch stellen könnten, wie der Fabrikarbeiter-
verband!“ Und wie mag den „geistigen Kämpen“ des Ge-
werkevereins in Wirklichkeit zumute gewesen sein, als aus dem
diesjährigen „Zieglerparlament“ Verlaß gefaßt werden mußte
darauf, wie man am besten die rückständigen Beiträge von
Juno 1907 einzieht? Ob Kreiling da nicht auch im Stillen
über den übertriebenen Spott, und nur von diesem
war in unserem Artikel die Rede, gewittert hat? Herr Kre-
ling macht dann, sich über aller Anstand hinwegsetzend, dunkle
Andeutungen über Leute, die mit „anderen Justizierten Bekann-
schaft gemacht hätten“. In seinem Verbrechen, alles ihm nicht
passende zu belächeln, scheint er sich nicht, mit dages Andeutungen
gegen den verhassten Gegner zu operieren, die auf den Unange-
klärten etwa den Eindruck machen, als ob es sich bei den freien
Gewerkschaftlern um eine Rette Zuchthäusler handle.

Dann kommt Kr. zu seinen Mitgliedszahlen. Es ist bekannt,
daß der Gewerkeverein irgendwelche, auf realen Tatsachen
beruhende Angaben über seinen Mitgliederstand nicht
macht, und zwar aus dem sehr ersichtlichen Grunde, weil dann das
Vertrauen der paar Mannleuten, die er in seinen Reihen hat,
zu den „Mitteln des Gewerkevereins“ auf Null sinken würde.
Wir haben uns in unserem Artikel ausdrücklich auf die
Jahresrechnung berufen, und diese bezeugt in der Tat,
daß der Gewerkeverein noch nicht 2000 zahlende Mitglie-
der hat.
Für uns kommen nur zahlen die Mitglieder in Betracht.
Für die Art der „Organisation“ des Herrn Kr., der noch nach
Jahren Mitglieder in den Listen führt, die längst keine Bei-
träge mehr zahlen, oder wohl richtiger niemals welche bezahlt
haben, fehlt uns das Verständnis. Die Tatsache, daß ein-
geschriebene Mitglieder, die mit ihren Beiträgen 100 Wochen im
Rückstande sind, durch Postnachnahme bleiben sollen, ist so bla-
mabel, wie sie blamabler nicht gedacht werden kann.
Kreiling behauptet dann weiter, wir hätten geschrieben, daß
die freien Gewerkschaften sich erst seit zwei Jahren um die
Organisation der Ziegler bemühen und er erkläre das mit großer
Freiheit als Lüge. Wir müssen, so leid es uns tut, den Spieß
umdrehen, denn was Kr. über diesen Punkt in unserem Artikel
schreibt, ist so dreist, so frech erlogen, daß in der Tat der
Ausdruck „Lüge“ eigentlich noch zu milde ist. Mit keinem
Wort haben wir behauptet, daß erst seit zwei Jahren die
freien Gewerkschaften Ziegler organisieren. Wir haben viel-
mehr festgestellt, daß der Fabrikarbeiterverband seit der Magde-
burger Konferenz, auf der er für die Zieglerorganisation als zu-
ständig erklärt wurde, mit Energie, offiziell an die Organi-
sation gegangen ist. Seit dieser Zeit ist auch der speziell für die
Zieglerorganisation angestellte Gauleiter Berg — den Kr. in
seinem „Laborat mit seiner widerwärtigen Art begiebert“ —
tätig. Die früheren „Versuche“ entsprangen der persönlichen
Initiative der betreffenden Agitatoren und waren nicht vom Fabrik-
arbeiterverband — und nur von diesem war in unserem Artikel
die Rede — offiziell inszeniert, das muß auch Kr. wissen. Er
soll daher seinen Rat: Wer lügen will, darf's nicht zu plump
machen, erst einmal selbst beachten! Was er von den Ausein-
anderetzungen schreibt, können wir damit abtun, daß jedenfalls
jeder Teilnehmer der Versammlungen in Schötmärz, Neuen
u. u. bezogen wird, daß die dort zu Wort gekommenen Agi-
tatoren des Gewerkevereins ganz miserabel abgehandelt haben.
Was Kr. dann von der Zahlstelle Schötmärz schreibt, be-
weist von neuem, wie angebracht sein eigener Rat für ihn selbst
ist. Ohne auch nur eine Ahnung von den tatsächlichen Verhält-
nissen zu haben, flunkert er darauf los, daß „sich die Vollen
beugen!“ Die Behauptung, wir hätten den ganzen lippschen
Zieglerstand herabgewürdigt, müssen wir uns ganz energisch
verboten. Wir haben von hunderten gesprochen, und das können
wir beweisen! Wir können auch beweisen, daß hunderte nicht
lesen und schreiben können, nach dem Begriff, den wir vom
Lesen und Schreiben haben. Mag Herr Kr. doch einmal regel-
recht den Briefkasten der „Landeszeitung“ studieren und sich die
Fülle notieren, wo die Redaktion der „L. Z.“ fragt: Wir ver-
zeihen Sie nicht, wir können uns durch Ihr Schreibsel nicht
durchfinden! Was freilich Herr Kr. unter Lesen und Schreiben
versteht, kann man ungefähr an seinen Leistungen auf diesem
Gebiet erkennen. Deshalb halten wir es mit dem schönen
Bibelwort: Herr vergib ihnen, u. u. Zum Schluß wollen wir
Kreiling an ein Wort der „Landeszeitung“ erinnern, das da
lautete: Wer so schimpft, wer schimpft, bis ihm
der Atem ausgeht, hat aufgejort, ein Gegner
zu sein; er ist ein Verbündeter geworden, ein
unfreiwilliger, unerwünschter Verbündeter,
er kann uns leid tun!

s. Herjold, 23. Juni. Gewerbegerichtshofung. Auf
Herausgabe der Papiere und Kleidungsstücke klagt die Arbeiterin
B. gegen den Schausteller Petter. Der Beklagte erhebt sich
sich gegen den Eintritt in die Verhandlungen, die einbehaltenen
Gegenstände zu verabsorgen, damit ist die Klage erledigt. — Zu
einer Dauerverhandlung gestaltete sich die am Montag zweis-
Bernehmung eines Zeugen vertagte Klage des Ziegenlegers K.
gegen den Bauunternehmer Breder. Als erster Zeuge beauftragt
der Ziegenleger K., daß er sich als Zwischenmeister gefühlt und
nicht Herr Breder, sondern er seinen Kollegen K. eingestellt
habe. Derselbe Zeuge führt weiter aus, daß in dem Gewerbe der
Ziegenleger eine Kündigung nicht üblich sei, daß vielmehr nach
Veränderung einer Arbeit auch das Arbeitsverhältnis als gelöst
betrachtet werde. Demgegenüber macht der Kläger geltend, daß
er nur unter der Bedingung, dauernde Beschäftigung zu er-
halten, die Stellung angenommen habe. Da aber auch der
Kläger infolge nicht forreht gehandelt hatte, als er den An-
spruch auf 14 Tage Lohn nicht sofort, sondern erst am zweiten
Tage gestellt hat, wurde er einer Einigung zugänglich und es
kam nach einer zweiseitigen Verhandlung folgender Vergleich
zustande: 1. Der als Zwischenmeister fungierende K. zahlt an
den Kläger 850 Mk., 2. zu dieser Summe zahlt der Beklagte
150 Mk., so daß es 10 Mk. werden, 3. der Beklagte verpflichtet
sich, den Kläger auf drei Tage zu beschäftigen und zwar zu
einem Lohn von 230 Mk. pro Quadratmeter gelegter Ziegen. —
Hierauf kommt die ebenfalls schon einmal vertagte Klage des
Polsterers M. gegen den Unternehmer Klummann zur Verhand-
lung. Der geladene Zeuge ist beauftragt, daß das Verhalten des
Klägers eine sofortige Entlassung bedingt habe. Das Gericht
kann jedoch diese Überzeugung nicht gewinnen und es erfolgt
die Beurteilung des Beklagten. Sofort zu entrichten sind
2260 Mk. infolge der Kläger in den nächsten acht Tagen keine
Arbeit erhält, muß der Beklagte für jeden Tag 370 Mk. zahlen.
Der Arbeiter St. klagt gegen den Kaufmann Reie auf Zah-
lung von 40 Mk. für 14 Tage Lohn. Der Kläger ist ohne
Kündigung entlassen worden. Da Herr Reie dies aber be-
streitet und Reuen nicht vorhanden gewesen sind, legt das Ge-
richt dem Kläger den Eid auf, welchen derselbe leistet. Der
Beklagte wird hierauf zur Zahlung des eingelagten Betrages
verurteilt.
* Detmold, 24. Juni. Schöffengericht. Wegen Ver-
trages hatte sich der frühere Direktor der Aktien-Brauerei, Bur-
meister, gestern zu verantworten. Er soll einer hiesigen Firma
gegenüber versprochen haben, daß der Konkurs der Brauerei
bestand. Die Firma will dadurch um den Betrag von 500
Mark geschädigt sein. Er mußte jedoch freigesprochen werden,
weil ihm nichts nachgewiesen werden konnte. Der Angeklagte
führte aus, daß die Brauerei durch den seinerzeit verhängten
Bankrott großen Schaden gehabt habe und der Konkurs dadurch
herbeigeführt worden sei. — Ein überreiferer Schumann hatte
den Sohn eines Bauunternehmers zur Anzeige gebracht, weil
dieser sein Fuhrwerk in verkehrshindernder Weise auf die Straße
hingestellt haben sollte. Es stellte sich heraus, daß der Ange-
klagte gar kein Fuhrwerk hat. Es erfolgte kostenloser Frei-
spruch. — Wieder einmal so eine Geschichte, die der Magistrat
von selbst hätte zurücknehmen können, meinte der Amtsanwalt.
* Detmold, 24. Juni. Consum-Vereins-An-
legenheit. Die Beitrittsklärungen, welche im Um-
land, müssen bis zum 1. Juli bei Eagen, Krumeckstraße 4 ab-
gegeben werden. Mit dem bisherigen Resultat können wir zu-
rieden sein. Sollten noch etliche Gewerkschafts-kollegen Bei-
trittserklärungen wünschen, so wende man sich an obige Adresse.
* Detmold, 24. Juni. Die beiden Heiratsspermitter der
Ruhoff und Gröppel aus Lage, deren Revision gegen das
Urteil des Detmolder Schwurgerichts vom Reichsgericht als be-
gründet angelesen ist, werden heute vormittag im hiesigen Land-
gerichtsgebäude wieder verhaftet. Beide hatten sich dage-
gen der Strafammer wegen Betruges der. Heiratsspermitter zu
verantworten.
* Beverungen, 24. Juni. Der Gärtner Viktorius hier über-
sel in der Nacht infolge eines Wahnsinns anfalls seinen
Vater, seine Frau und sein Kind. Die drei Personen wurden
schwer verletzt, ihr Zustand ist hoffnungslos.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für
den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Vielefeld.

Wegen vorgerückter Saison bedeutende Preisermässigung

auf sämtliche Sommer-Kleiderstoffe, Musseline, Leinen etc.

Musseline-Imitat.

das Meter zu 20, 28, 35, 48, 58

Musseline reine Wolle
nur gediegene Qualitäten

das Meter zu 58, 72, 85, 1.00

Helle Kleiderstoffe

das Meter zu 75, 1.05, 1.35, 1.75

Bett-Kattune u. Satins

zu 25, 33, 38, 40, 48 und 55 Pfg.

Steppdecken

zu 2.75, 3.50, 4.25, 4.75, 5.50 bis zu den feinsten Satindecken.

Kleidersiamosen

Kleid 6 Meter, doppelte Breite, zu 2.85, 3.60, 4.50.

Kinderkleidchen

eigene Anfertigung, zu 1.00, 1.25, 1.55, 1.75 und höher.

Muster-Schürzen weit unter Preis

darunter Hausschürzen zu 55 Pfg., grosse Kittelschürzen zu 1.75 und 2.00.

Trägerschürzen zu 1.00 und 1.25. Trägerreform- und Miederschürzen zu 1.15, 1.35 und 1.75.

Grosse Posten **Waschröcke** zu 1.50, 1.75, 2.00, 2.45, 3.50.

Bielefeld,
Oberrstr. 35.

Heinr. Kirz

Gegenüber der
kath. Kirche.

Göringmann
Niedernstrasse 34.

Für die Ausflüge:
Ruck-Säcke
für Erwachsene u. Kinder.

Pflanzen-Zrommeln
Picknickdosen
Feldflaschen
Plaidriemen
Trinkbecher

Preise bekannt billig.

Sozialdemokratische Gemeindebibliothek.

Zuletzt ist erschienen:
Heft 9. **Hygiene der Städte.**
I. Die Trinkwasserversorgung. Von Dr. J. Zadek.
Preis 50 Pfg. (Porto 5 Pfg.)

Empfehle diese Woche

**dickfettes
Fleisch.**

G. Menkhoff, Rosenstraße 26.

Hagenbeck-Schau

BIELEFELD, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Täglich abends 8 $\frac{1}{4}$ Uhr: Grosse Vorstellung!

Mittwoch, Sonnabend und Sonntag
je 2 grosse Vorstellungen,
nachmittags 4 und abends 8 $\frac{1}{4}$ Uhr.

In den Nachmittags-Vorstellungen zahlen Kinder unter 12 Jahren halbe Preise
auf allen Plätzen.

Täglich vormittags von 10-12 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Hochinteressante Proben, Besichtigung und Fütterung.

== Sonntags keine Probe, nur Besichtigung ==
von 11-12 $\frac{1}{2}$ Uhr gegen das bekannte Entree.

Mittwoch, den 30. Juni cr., nachmittags 4 Uhr:
Letzte Vorstellung

Billette im Vorverkauf für die Abend-Vorstellungen bis täglich
abends 6 Uhr bei: M. Niemeyer, Jahuplatz, Rud. Fiedler, Alter
Markt, und für alle Vorstellungen an der Tageskasse.

Fernruf 479.

2 Tage Verlängerung.

2 Tage Verlängerung.

Heute und morgen:

Schlussstage unserer Stickerei-Woche!

Harms & Co.

Nr. 145.

Noch einmal:
Berufsgenossenschaft

In unserem Artikel
berufsgenossenschaft und die Sachar
rissen gezeigt, wie diese
schrift betrifft Sonderstell
fortwährenden Unfal
des Gesetzgebers vereitelt
ziehung auf die Gärtn
schlechtin und allgemei
leien von den 48 nur 21
Ansprüchen gerecht gewor
nachtragen; denn gerade
Bedeutung jener berufsg
großer Schärfe in die Mu
Die Gärtnerei ist in
wirtschaftlichen Berufsge
außer der landwirtschaft
Handelsgärtnerei, die gen
schaftlichen Gärtnereien, i
die der Gemeinden. Dem
zeit etwa 120.000 Gärtn
als Facharbeiter zu verfüh
mit regelrechter Berufsaa
gemeint. Wieviel davon
arbeiter verführt sein m
anstellen, wenn man sic
Gärtner, Gärtnereigehil
schaftlichen Berufsge
wie sie des weiteren noch
werden.

Statutarijch einfach di
Gärtnereigehilfen haben
schaftlichen Berufsge
gische, Provinz Sachse
von den acht Bayerische
schaften 7; Königreich S
bürger; Braunschweig
haltliche; beide Reuh.
Und in welchen Variatio
Gärtner, Gärtnereigehil
Landwirtschaftliche Beru
mäßige Gärtnereigehilfen
Gärtnereigehilfen"; die
lerate Gärtnereigehilfen
Der-Gläubliche: "Gärtn
Handelsgärtnereien"; Ab
ner und Gärtnereigehilf
seher"; Westpreussische
Medlenburg-Strelitzer. R
Rudolstädter, Schwarz
ische: "Berufsgärtner";
zufrühmäh ausgebildete
samteintommen den durc
bestens 200 Ml. überstei
gärtnereigehilfen"; Pre
Gärtnereigehilfen"; Sess
bürgliche: "Gärtner (Ve
Gärtnereigehilfen"; die
lichen Berufsge
landwirtschaftliche Berufs
Wer in die berufsg
näher eingeweiht ist, dem
lung der hier genannten
mindestens dreiviertel jän
wieder in die große W
gedrückt worden sind. I
ja bloß die Obergärtner
Wirksamkeit zu den Betr
landwirtschaftlichen Beru
brüchlich benannt sind.
90 Prozent ihrer geschn
Dah diese Einschränkung
dazu einen Beleg aus der
wirtschaftliche Berufsge
schaftsversammlung am
Worte "Gärtner, Gärtn
ständig arbeitende Gärtn
Berufsgärtner." Als d
Gärtnereientnehmer n
schlossen, daß der Genoss
anweisung den Begriff
Gärtnereigehilfen" dahin
ohne Aussicht arbeitenden
vat- oder Herrschaftsgär
Es sei ja hier mit be
mit Hilfe ihrer Organis
sind und die Mühseligkeit
rich zu machen.

In ganz unverhüllter
standsvertreter einer la
so ausgeprochen: "Der
der verführten und nam
verführten Personen mö
Beiträge für die betref
halten und andererseits d
lassen nicht noch mehr in
selbstverständlich der Ker
auch gut, wenn ein Betr
spricht. Unseren Agrarie
die Getreidezölle und d
den Schoß geschüttet wer
ihren Betrieben verung
schnuppe. Sie schlagen d
sephlichen Mindestverpfl
Blumpheit, wie's sich ge
Die Forderung: "G
schaftlichen Arbeiter mit
nicht laut und oft genug

Maßregelung
bayerische

Die "Fränkische Tages
und ein Protokoll des ba
zu veröffentlichen, die vo
Öffentlichkeit sind:

Re

Betreff: Errichtu
Wie Sie aus dem an
sammlung vom 30. dieses
Versammlung einstimmig

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 145.

Bielefeld, Freitag, 25. Juni 1909.

20. Jahrg.

Noch einmal: Die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen und die Sacharbeiter.

In unserem Artikel „Die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen und die Sacharbeiter“ haben wir in allgemeinen Umrissen gezeigt, wie diese Berufsvereinigungen die Gesetzgebung beeinflussen und die Sacharbeiter in der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung miteinbeziehen und die Absicht des Gesetzgebers vereiteln haben. Wir erwähnten auch, mit Beziehung auf die Gärtnerei und Gärtnereigehilfen, die das Gesetz nicht allgemein als Sacharbeiter behandelt wissen will, sondern von den 48 nur 21 Berufsvereinigungen den gesetzlichen Ansprüchen gerecht geworden. Hierzu möchten wir noch etwas nachtragen; denn gerade bei dieser Arbeitergruppe springt die Bedeutung jener berufsvereinigungsähnlichen Manipulationen mit großer Schärfe in die Augen.

Die Gärtnerei ist in ihrem ganzen Umfang bei den landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen unvollständig, das heißt, außer der landwirtschaftlichen Sacharbeit, die Kunst-, Bier- und Handelsgärtnerei, die gewerblichen Gärtnereibetriebe, die herrschaftlichen Gärtnereien, die von Feil- und Pflanzengärtnern und die der Gemeinden. Demnach kommen im Deutschen Reich zurzeit etwa 120 000 Gärtnerei- und Gärtnereigehilfen in Frage, die als Sacharbeiter zu verstehen sind; dabei sind von uns nur solche mit regelrechter Berufsausbildung (meist dreijähriger Lehrzeit) gemeint. Wieviel davon nun aber in Wirklichkeit als Sacharbeiter verifiziert sein mögen, darüber kann man Schätzungen anstellen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie die Begriffe „Gärtner, Gärtnereigehilfen“ von den Statuten der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen eingegrenzt worden sind, und wie sie des weiteren noch in der Verwaltungspraxis ausgelegt werden.

Statutarisch einfach die gesetzlichen Bezeichnungen (Gärtner, Gärtnereigehilfen) haben übernommen die folgenden landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen: Ostpreussische, Brandenburgische, Provinzial, Schleswig-Holsteinische, Westfälische; von den acht bayerischen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen: 7. Königlich Sachsen, Großherzogtum Hessen, Oldenburg; Braunschweigische, Altbayerische, Gotha'sche, Anhaltische, beide Reue. Dann aber kommen die Einigungen! Und in welchen Variationen! Es behandeln von den Gärtnern, Gärtnereigehilfen als Sacharbeiter die Kommunität Landwirtschafliche Berufsvereinigungen, „Gärtner, berufsmäßige Gärtnereigehilfen“; die Koburgische, „Gärtner, gelernte Gärtnereigehilfen“; die Meiningen'sche, „Berufsgärtner, gelernte Gärtnereigehilfen“; die Schaumburg-Lippische und die Ober-Elbsächsische, „Gärtner, Gärtnereigehilfen in Kunst- und Handelsgärtnereien“; Rheinische, „selbständig arbeitende Gärtner und Gärtnereigehilfen“; Posenische, „Gärtner, Gartenanführer“; Westpreussische, Hannoverische, Mecklenburg-Schwerinsche, Mecklenburg-Strelitzer, Weimari'sche, Thüringische, „Gärtner“; Rudolstädter, Schwarzburg-Sondershäuser, Unter-Elbsächsische, „Berufsgärtner“; Schwaben und Neuburg (Bayern), „berufsmäßig ausgebildete Gärtner“; Badische, „Gärtner, deren Gesamtentlohn von den durchschnittlichen Jahresverdienst um mindestens 200 M. übersteigt“; Schleische, „Kunstgärtner, Kunstgärtnereigehilfen“; Bremische, „Gärtner, mit Ausnahme der Gärtnereigehilfen“; Heffen-Nassauische, „Kunstgärtner“; Samburgische, „Gärtner (Leiter von Privatgärtnereien, nicht auch Gärtnereigehilfen)“; die vier württembergischen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen nur: „Obergärtner“; die Lippische landwirtschaftliche Berufsvereinigungen: niemand!

Wer in die berufsmäßigen Verhältnisse der Gärtnerei näher eingeweiht ist, dem ist es nicht zweifelhaft, daß die Wirkung der hier genannten Begriffsveränderungen diese ist, daß mindestens dreiviertel sämtlicher Gärtner und Gärtnereigehilfen wieder in die große Masse der Nicht-Sacharbeiter“ hineingedrückt worden sind. Im Königreich Württemberg allein sind ja bloß die Obergärtner den Sacharbeitern zugeteilt, die in Wirklichkeit zu den Betriebsbeamten gehören und von zehn landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen auch als solche ausdrücklich benannt sind. In Württemberg sind also mindestens 90 Prozent ihrer gesetzlichen Rechte beraubt worden.

Daß diese Einschränkung noch ständig weiter fortgesetzt wird, dazu einen Beleg aus der jüngsten Zeit. Die Westfälische landwirtschaftliche Berufsvereinigungen beschloß in ihrer Genossenschaftsversammlung am 16. Mai d. J., in ihrem Statut die Worte „Gärtner, Gärtnereigehilfen“ zu ändern in: „Selbstständig arbeitende Gärtner und Gärtnereigehilfen (Fach- oder Berufsgärtner)“. Als dieses einem anwesenden Vertreter der Gärtnereigehilfen noch nicht genügte, wurde weiter beschlossen, daß der Genossenschaftsvorstand in einer Ausführungsanweisung den Begriff „selbstständig arbeitende Gärtner und Gärtnereigehilfen“ dahin erläutern soll, daß hierunter nur die ohne Aufsicht arbeitenden Obergärtner, Obergärtner und Privat- oder Herrschaftsgärtner zu verstehen seien!

Es sei ja hier mit bemerkt, daß die Gärtnereigehilfen, mit Hilfe ihrer Organisationen, ganz besonders rührig gewesen sind und die Minderheit fortsetzen, die Gesetzesbestimmung illusorisch zu machen.

In ganz unverhüllter, offener Weise hat sich einmal ein Vorstandsvorsitzender einer landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen so ausgesprochen: „Der Vorstand ging darauf aus, den Kreis der versicherten und namentlich der gegen höhere Entschädigung versicherten Personen möglichst einzuschränken, um einerseits die Beiträge für die betreffenden Betriebsunternehmer niedriger zu halten und andererseits die immer drückender werdenden Unfallkosten nicht noch mehr in die Höhe zu treiben.“ Das ist ja ganz selbstverständlich der Kern all dieser Bestrebungen, aber es ist auch gut, wenn ein Beteiligter das einmal unumwunden anspricht. Unseren Agrariern ist es wohl recht, wenn ihnen durch die Getreidezölle und Liebesgaben Vorteile über Vorteile in den Schoß gehüttet werden; was aus denjenigen wird, die in ihren Betrieben verunglücken, das ist ihnen aber ziemlich schnuppe. Sie schlagen da selbst noch den ihnen auferlegten gesetzlichen Mindestverpflichtungen mit Eleganz oder auch in Blumpheit, wie sie gerade macht, ein Schnippchen.

Die Forderung: „Gleichstellung aller land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter mit den gewerblichen Arbeitern“ kann gar nicht laut und oft genug erhoben werden.

(Hamburger Echo.)

Maßregelungsbureaus gegen die bayerischen Metallarbeiter!

Die „Frankfurter Tagespost“ ist in der Lage, ein Rundschreiben und ein Protokoll des bayerischen Metallindustriellen-Verbandes zu veröffentlichen, die von außerordentlichem Interesse für die Öffentlichkeit sind:

Rundschreiben.

Streng vertraulich!

Betreff: Errichtung eines Nachweises. Wie Sie aus dem anstehenden Protokoll der Verbandsversammlung vom 30. dieses Monats entnehmen wollen, hat diese Versammlung einstimmig die Errichtung eines Nachweises für

den V. B. M. (Verband Bayerischer Metallindustrieller), und zwar für die Ortsgruppen Augsburg, München und Nürnberg beschlossen. Derselbe wird noch vor Herbst dieses Jahres ins Leben treten. Die Vorbereitungen sind im vollen Gange.

Zur Durchführung des Nachweises ist die Aufstellung einer Liste sämtlicher in den Betrieben des V. B. M. beschäftigten männlichen Arbeiter unumgänglich notwendig. Zu diesem Behufe überreichen wir Ihnen in der Anlage Formulare, auf denen Sie uns mit möglicher Beschleunigung die Personalien aller in Ihrer Werkstatt beschäftigten männlichen Arbeiter mitteilen wollen. Ein Musterformular liegt bei. Um diese Liste bis zur Eröffnung des Nachweises auf dem Laufenden halten zu können, bitten wir, daß uns die Mitglieder nach Einreichung anstehender Formulare die wöchentlichen Einstellungslisten regelmäßig und vollständig ausgefüllt angeben lassen.

V. B. M.

Der Geschäftsführer: gez. M. König.

Wir geben ferner einen Auszug aus dem uns vorliegenden Protokoll, soweit es sich mit der Errichtung des Arbeitsnachweises beschäftigt:

Punkt 6: Die Errichtung eines Arbeitsnachweises für den V. B. M.

Der Geschäftsführer erstattet einen eingehenden Bericht über die Errichtung eines Nachweises für den Verband V. B. M. und begründet vor allem unter Hinweis auf die von den kommunalen Nachweisen drohenden Gefahren und unter Kennzeichnung der derzeitigen sozialpolitischen Situation den vom Vorstand an die Versammlung gestellten Antrag, für die 3 Ortsgruppen Augsburg, München und Nürnberg einen obligatorischen Arbeitsnachweis nach Hamburger System zu errichten. Des weiteren erstattet Herr Wenning ein ausführliches Referat, in dem er eine klare Schilderung der Einrichtung eines solchen Nachweises gibt und in warmer Weise die Errichtung von Nachweisen befürwortet. In die Ausführungen beider Referenten schließt sich eine lebhafteste Debatte, in der vor allem Herr Ingenieur Thielow, Sekretär des Arbeitsnachweises des Vereins der Hamburger Eisenindustriellen, in überaus anschaulicher Weise ein Bild des Geschäftsbetriebes eines Arbeitsnachweises gibt und auf eine Reihe an ihm aus der Versammlung gerichteter Anfragen aus der reichhaltigen Fülle seiner Erfahrungen für die Antragsenden beherzigende Erklärungen erteilt. Eine Stimme gegen die Errichtung eines Nachweises aus der Versammlung wird nicht laut.

Auch der Herr Vorsitzende unter anderen empfiehlt auf das Dringendste die Errichtung eines Nachweises. Die über den Antrag des Vorstandes eingeleitete Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme des Antrages. Es werden demnach in kürzester Beschleunigung für die Ortsgruppen Augsburg, München, Nürnberg obligatorische Nachweise für den V. B. M. errichtet werden.

Der Vorsitzende nimmt die Gelegenheit wahr, den Verband zu dieser einstimmigen Beschlußfassung zu beglückwünschen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß für den Verband Ersprießliches entstehen möge. Zur Vorbereitung der Errichtung eines Nachweises wird eine aus folgenden Herren bestehende Kommission gewählt:

Vorn-Pegnitz, Brunnhuber-München, Guggenheimer-Augsburg, Kallrup-Nürnberg, Kuhn-Nürnberg, Lippert-Nürnberg, Westert-München, Schlottner-Augsburg, Schöner-Nürnberg, Stred-München, Wenning-Nürnberg, Zickermann-Nürnberg. Außerdem soll ein Vertreter der Firma Fichtel u. Sachs in Schweinfurt zur Teilnahme an den Kommissionsitzungen gebeten werden. Es wird der Kommission das Recht der Kooperation gegeben.

Parteinachrichten.

Einleitung. Im Monat Mai gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Aachen-Dand-Ennen, sozialdemokr. Verein 1. Quart. 09 38,10. Aalen, 13. württemb. Wahlkr. 1. Quart. 09 14,64. Aachen-Stadt, sozialdemokr. Verein 1. Quart. 09 85,22. Albersdorf bei Auerbach i. R., Ueberich der Mäseier von den Genossen der Heilanstalt 5,17. Groß-Berlin a. Konto seiner acht Wahlkreise 12 000, darunter diverse Beiträge 795,53. Wierach a. Riß 10,38. Burg b. Magdeburg, Wahlkr. Jerichow I u. II, 1. Quart. 09 151,33. Bremen, sozialdemokr. Verein a. Konto der Beiträge für 1908/09 3200,—. Bonn-Rheinbach, Wahlkreisbeitrag für das 1. Quart. 09 15,—. Bodum-Gesellschaft, sozialdemokr. Verein 1. Quart. 09 997,33. Breslauer Agitationsbezirk 1. Quart. 09 997,33. Breslauer Land 169,60; Vögeln 119,76; Wrieg 34,16; Ohlau 29,98; Neustadt 14,56; Reiche 6,40; Müllitz 7,08; Leobschütz 4,90; Summa 386,44. Bern 50,—. Bant, 2. obers. und 2. hann. Wahlkreis 1. Quart. 09 533,70. Beelitz, von den blauen Brüdern im Sanatorium I 10,—. Chemnitz, 16. jährl. Reichstagswahlkr., Schlussrate für 1908/09 4000,—. Cappel-Mellungen, sozialdemokr. Verein 1. Quart. 09 404,18. Cannstatt, zweiter württemb. Wahlkr., 1. Quart. 09 317,56. Chemnitz, Brutus 1.—. Danzig, Beiträge westpreuss. Wahlkreise für 1. Quart. 09 2. Rate: Verent-Stargard (4. Quart. 08 und 1. Quart. 09) 12,80; Rothenberg-Göbau 8,32; Schlochau-Platow 4,32; Summa 25,44. Dortmund-Hörde, sozialdemokr. Verein, 1. Quart. 09 1018,—. Delmenhorst, 3. obers. Wahlkr., 4. Quart. 08 49,—, 1. Quart. 09 14,80, Summa 63,80 (darunter: Delmenhorst, 4. Quart. 08 44,90; Lemwerder, 1. Quart. 09 14,80; Gandersee, 4. Quart. 08 4,10). Durlach - Forstheim, 9. bad. Wahlkr., 4. Quart. 08 250,—, 1. Quart. 09 261,15; Sa. 511,15. Ehlingen, sozialdemokr. Kreisverein des 5. württemb. Wahlkreises, 1. Quart. 09 214,66. Eberswalde, Beitrag vom Wahlkreis Oberbarnim 60,40. Frankfurt a. M., Wahlkreisbeitrag für 1. Quart. 09 1000,—. Fellenberg (Oberh.) 5,—. Forst, Wahlkr. Sorau-Forst, 1. Quart. 09 300,—. Freiburg i. B., 5. bad. Wahlkr. 1. Quart. 09 25,—. Fintterwalde, Wahlkr. Kalau-Ludau 200,—. Groß-Dittersleben, sozialdemokr. Verein des Wahlkr. Danzeleben, 1. Quart. 09 300,—. Gelsen, sozialdemokr. Volksverein Cleve-Gelsen 10,60. Göttingen, 10. württemb. Wahlkr., 1. Quart. 09 178,84. Gleiwitz, Agitationsbezirk Derscheiten, 1. Quart. 09, Wahlkreise: Ratowitz - Pabrye 43,27; Neuthen-Tarnowitz 32,46; Ratibor 12,25; Gleiwitz 11,20; Sa. 99,18. Gera, sozialdemokr. Verein Reuß j. L., 1. Halbjahr 09 1000,—. Garburg, sozialdemokr. Verein des 17. hannov. Wahlkr., 1. Quart. 09 800,—. Gamm-Coest, Wahlkreisbeitrag für 1. Quart. 09 321,64. Gohwald, Ueberich von den Genossen der Lungenheilstalt 6,79. Jübek, sozialdemokr. Zentralwahlverein des 5. schlesw.-holst. Kr. 1. Quart. 09 218,83. Köln a. Rh., Reg. B. 20,—. Karlsruhe-Bruchsal, 10. bad. Wahlkr., 4. Quart. 08 213,46. Köln a. Rh., sozialdemokr. Verein für die Wahlkr. Köln-Stadt und Köln-Land 1000,—. Lidenfeld, Zentralverein des Wahlkr. Altena-Nierlohn, 1. Qu. 1909 62,68. Leipzig, 12. jährl. Wahlkr., 3. und 4. Rate für 1908/09 1000,—. Lützenwalde, Wahlkreisbeitrag für 1. Quart. 1909 194,20. M.-Glabach, gesammelt auf einer roten Rindtaufe in Rheidt durch M. 10,40. M.-Glabach, Wahlkreisbeitrag für 1. Quart. 09 59,40. Magdeburg, sozialdemokr. Verein, 2. Quart. 09 800,—. Marburg (Hessen), Wahlkreisbeitrag vom 1. 7. 08 bis 1. 4. 09 61,20. München, Gau Südbayern, 1. Quart. 1909, Wahlkreise: Nidach 29,55; Ingolstadt 8,22; Wasserburg

4,56; Weilheim 18,54; Rosenheim 81,63; Traunstein 16,08; Landsbat 15,06; Straubing 3,27; Passau 8,22; Hartmannsdorf 7,26; Deggendorf 2,31; Neuhofen 4,2; Augsburg 98,64; Donauwörth 3,—; Dillingen 4,62; Altmühl 16,71; Kaufbeuren 4,71; Zimmernstadt 27,66; Sa. 350,46. Neuwied, sozialdemokr. Wahlkreis für den Wahlkr., 1. Quart. 09 10,64. Oldenburg, 1. obers. Wahlkr., 1. Quart. 09 111,36. Oldenburg, Wahlkr. Wolmirstedt-Neuhaldensleben, 1. Quart. 09 110,—. Pritzwalk, Sch. Tagesverdienst am 1. Mai 3,50. Plauen i. V., C. 1.—, Rostock, 5. medl. Wahlkr., 1. Quart. 09 275,—. Stodolsdorf, Rurtenium Lübeck, 4. Quart. 08 151,38. Schleswig, 3. schlesw.-holst. Wahlkreis, 1. Quart. 09 110,—. Schwedt a. O., Wahlkr. Prenzlauer-Angermünde 41,95. Stuttgart, 1. württemb. Wahlkr., 1. Quart. 1909 616,44. Salzwedel, Wahlkreisbeitrag für 1. Quart. 09 46,21. Saargemünd-Nordbach, sozialdemokr. Kreisverein, 1. Quart. 1909 10,24. Stralsburg-Land, 9. est.-lothr. Wahlkr., 3. u. 4. Quartal 08 84,—. Schöneberg b. Berlin, Mitglieder des Deutschen Buchdruckerverbandes der Buchdruckerei Kettmeil 15,—. Veltin, Wahlkr. Potsdam-Othavelland, 1. Quart. 09 142,74. Waldborf-Elgershausen, Heilstätte, Ueberich der Mäseier 1,57. Weimar, 1. weimari'scher Wahlkr., 2. u. 3. Quart. 1908/09 134,80. Wiesbaden, sozialdemokr. Verein für den 2. hessisch-nassauischen Wahlkr., 1. Quart. 09 120,—. Zabna, Ueberich der Mäseier 12,—. Zwidau, 18. jährl. Wahlkr., 2. Rate für 1908/09 800,— M.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Zur Warnung! Schon früher haben wir bei Gelegenheit die Mahnung an die Genossen gerichtet, nicht gleich jeden Herrn, der von der Bourgeoisie herüberkommt, weil er angeblich plötzlich ein sozialistisches Herz entdeckt hat, mit offenen Armen aufzunehmen, sondern ihn erst genauer anzusehen. Besonders aber warnten wir davor, solchen Leuten, weil sie mit dem (merkwürdigerweise auch noch in Arbeiterkreisen manchmal abergläubisch verehrten) Dokortitel ihrem Namen eine Handhabe geben, gleich ein Parteiamt oder eine Kandidatur zu übertragen oder sie als Interpreten des Sozialismus loszuscheiden. Erst sollte man sie doch arbeiten lassen, wie jeden anderen Genossen auch. Wie notwendig eine solche Prüfung ist, ergibt sich aus folgender Erklärung des Wahlkreisvereins Raumburg-Weisenfeld-Beit, die im „Volkswacht“ für Halle veröffentlicht wird:

In Weisenfeld ist der Dr. Rubensohn — bisher eingeschriebenes Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins — mit einigen Genossen, die zugleich Vorstandsmitglieder einer Ortsgruppe sind, in Streit geraten. Wir haben keine Ursache, uns um diesen Streit zu kümmern. Dr. Rubensohn hat die Vorstandsmitglieder verklagt und u. a. als Grund des Streites angegeben, daß die Vorstandsmitglieder Sozialdemokraten sind, während er ein ausgesprochener Feind der Sozialdemokratie sei. Wir stellen nun fest, daß Dr. Rubensohn seit etwa 14 Jahr Mitglied unseres Sozialdemokratischen Vereins ist und daß er selbst angegeben hat, u. a. auch in einer Reihe Briefe und Postkarten, daß er bereits zwölf Jahre Mitglied der Partei ist! Er hat viele Vorträge gehalten und hat viele leidende Genossen im Kreise und auswärts wiederholt versucht, ihn Vorträge halten zu lassen. Dr. Rubensohn hat sich also seit Jahren als Parteigenosse gegeben. Wenn er heute seinem Rechtsanwalt das Gegenteil mitteilt, ist das eine Handlungsweise, die zu verantworten wir ihm überlassen. Da aber bis heute Dr. Rubensohn aus unserem Verein sich nicht abgemeldet hat, so haben wir ihn heute aus unserem Sozialdemokratischen Verein ausgeschlossen.

Der Parteivorstand: J. A. A. Leopoldt.

Ein eifriger Staatsanwalt. Die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses beriet am Donnerstag über einen Antrag des Staatsanwaltes in Erfurt, der die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Redakteurs unseres Erfurter Parteiorgans nachsuchte. Die „Erfurter Tribune“ sollte bei Gelegenheit der Kaffierung der vier sozialdemokratischen Mandate die edlen Herren beleidigt haben. Die Geschäftsordnungskommission beschloß aber, dem Landtage vorzuschlagen, die nachgeforderte Genehmigung nicht zu erteilen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik der Kieler städtischen Arbeiter vor dem Stadtparlament. Die städtischen Kollegien in Kiel verhandelten am Dienstag abend in vierstündiger Debatte über die sozialdemokratische Interpellation wegen des Streiks und der Aussperrung der städtischen Arbeiter. Der Verlauf der Verhandlungen hat bestätigt, daß es nicht die Finanzlage der Stadt gewesen ist, die den Magistrat veranlaßt hat, jeden Versuch einer friedlichen Vereinbarung mit den Arbeitern von der Hand zu weisen, sondern lediglich der „Herr im Hause“-Standpunkt.

Der Stadtrat Reusch erklärte, daß Nachgiebigkeit Verzicht auf konsequentes Verhalten sei, und daß der Magistrat fest entschlossen sei, auf dem betretenen Wege weiter zu gehen. Der Stadtverordnetenvorsitzer Dr. Ahlmann sagte, daß der Magistrat sich um keine Autorität bringen würde, wenn er nachgeben würde. Keiner der bürgerlichen Stadtverordneten widersprach diesen Ausführungen.

Unsere Genossen Riendorf, Ruhn und Cappel geistelten in scharfer Weise das unsoziale Verhalten des Magistrats, die unerhörten Uebergriffe der Polizei, die Verhinderung städtischer Gelder an die Arbeitswilligen, die Ablehnung des Einigungsamtes, die Weigerung, mit der Organisation zu verhandeln und die Weigerung, die sozialdemokratischen Stadtverordneten die städtischen Betriebe besichtigen zu lassen.

Die bürgerliche Mehrheit billigt jedoch all geschiedenen und künftigen Maßnahmen des Magistrats.

Die Ansicht des Magistrats über das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter läßt sich dahin zusammenfassen, daß er den Arbeitern nur das Recht zugestehet, aber untertänigst bitten vorzutragen. — Die liberale Kieler Stadtverwaltung hat so zu dem seit Jahren systematisch betriebenen Wahlrechtsraub noch die wirtschaftliche Knechtung der städtischen Arbeiter verfigt.

Die Banarbeiter in Riga a. Gms befinden sich seit Montag im Ausstande. Da die Unternehmer beim Abschluß eines neuen Vertrages nicht einen Pfennig zu den alten Löhnen, die für Maurer 42 Pfg., für Hilfsarbeiter 30 bis 34 Pfg. pro Stunde betragen, zulegen wollen, so legten 15 Zimmerer, 37 Maurer und 38 Bauhilfsarbeiter die Arbeit nieder. — Die Polizei zeigt sich sehr eifrig. Schon am ersten Streiktag wurden sechs Handwerker mit einem Strafmandat von je 10 M. wegen Streikpostenlebens bestraft. Ein Polizeikommissar stationierte sich im Streiklokal und verließ dieses auch nicht trotz Aufforderung von Seiten der Streikenden.

Die Wälschweber der Firma Georg Regler in Gesees (Oberfranken) haben die Kündigung eingereicht, da die Firma Lohnforderungen und die Wiedereinstellung von Gewerkschaften ablehnt hat. Auch sämtliche Hilfsarbeiter sind am Streik beteiligt. Die Kündigungsfrist läuft Freitag ab. Zugang ist fernzuhalten.

Bei den Westdeutschen Marmor- und Granitwerken A.-G. in Dortmund haben sämtliche Steinarbeiter die Arbeit niedergelegt. Ueber die Werte ist von der Organisation die Sperrung beschieden.

Die Steinmosen in Göttingen befinden sich seit Montag im Ausstand.

Einem schönen Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit erzielte der Bezirk Straßburg i. E. des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, indem durch seine Tätigkeit für die mehr als 500 Angestellten der dortigen drei Warenhäuser an Stelle der bisher bestehenden 4-stündigen Mittagspause die zweistündige eingeführt ist bezw. am 1. Juli eingeführt wird. In einem der Warenhäuser wurde noch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich 1 1/2 Stunden erreicht, so daß für 350 Angestellte eine Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich drei Stunden, für 150 eine solche von vier Stunden erzielt wurde. Ein schöner Beweis dafür, daß auch im Handelsgewerbe durch die Einigkeit und den Zusammenhalt der Handlungsgehilfen und unter Benutzung gewerkschaftlicher Aktionsmittel mancher Erfolg erzielt werden kann.

Die Versicherungsaktiengesellschaft „Viktoria“ zu Berlin als Feindin des Vereinsrechts der Angestellten. Die „Viktoria“, die in den letzten Monaten Differenzen mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen hatte, weil sie diesen nicht als Vertretung der Angestellten anerkennen wollte, beharrt auf ihrem Standpunkt. Sie hat neuerdings erklärt, daß sie — im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung — „jede Vermittlung“, d. h. die Anerkennung irgend einer Organisation als Vertretung ihrer Beamtenschaft ablehne. Sie schlägt damit dem Empfinden der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ins Gesicht, was sicher nicht als Empfehlung für sie wirken kann.

Beim Bauarbeiterstreik in Saarbrücken empfehlen die Unternehmer die Anwendung des Terrorismus in krasser Form. Sie haben an die Baufirmen auf dem Lande und den nahegelegenen Städten eine schwarze Liste mit einem Geheimzirkular verliehen, in dem folgende bezeichnende Anweisungen vorkommen: „In den letzten Tagen haben wir in mehreren Fällen festgestellt, daß einige der hier ausgesperrten Maurer und Hilfsarbeiter von auswärtigen Meistern in Arbeit genommen sind. Wenn es uns auch gelungen ist, die meist aus Versehen eingestellten Leute wieder zur Entlassung zu bringen, so müssen wir doch jede Stunde als für uns verloren bezeichnen, die die Maurer und Hilfsarbeiter arbeiten konnten! Es sollte doch jeder Meister bedenken, wie tief er sich stellt, wenn er seinen in schwerem Kampfe liegenden Kollegen durch Beschäftigung freilebender Leute in den Rücken fällt, und daß in Wirklichkeit solche Arbeitgeber auch bei den Streikenden selbst nur verächtlich machen! Wenn in Saarbrücken die Löhne unverhältnismäßig steigen, so haben die Arbeitgeber auf dem Lande das gleiche zu erwarten. Auch väterländische Interessen sind dabei zu verfolgen, da wir es in der Hauptsache mit der freien Gewerkschaft zu tun haben, deren Leute zur Sozialdemokratie halten. Wir bitten daher nochmals auf das Allerdingste, die erhaltenen Streikliste genau durchzugehen und im Zweifelsfall bei der Namensfeststellung lieber einen Mann mehr zu entlassen, als zu wenig! Sofortige Entlassung, keine solche mit 14-tägiger Kündigungsfrist erforderlich und bitten wir dieses um jeden Preis zu veranlassen. Weiter ist erforderlich, daß jeder nur irgendwie entbehrliche Maurer überhaupt nicht beschäftigt wird. Für die Dauer der Aussperrung müssen auf dem Lande unbedingt die Arbeiten nach Möglichkeit eingeschränkt werden! Jede Privatbautätigkeit muß bis später zurückgestellt werden! Wir hoffen bestimmt, daß uns diesmal und in Zukunft Ihre tatkräftige Hilfe zuteil wird. Bürgerliche, Industrielle und Behörden stehen einmütig hinter uns! — Die Wirkung dieses Geheimzirkulars zeigt uns das nachstehende Schreiben der Baufirma Kink aus Saargemünd (Mosel), die drei Maurer sofort daraufhin entlassen hat. Es lautet: „Heute, Samstag, Abend ging uns vom Saarbrücker Arbeitgeberverband die Streikliste zu, mit der Aufforderung an uns, sämtliche in der Liste angeführten, bei uns beschäftigten Leute sofort auszusperrn, welcher Aufforderung wir hiermit Folge leisten, indem wir Sie, den Schmerz und den Hoffmann sofort entlassen. Sie möchten es den beiden anderen gest. mitteilen.“

Der neue Bäder- und Konditorienverband in den Konsumgenossenschaften. Der deutsche Bäder- und Konditorienverband steht mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine seit 1904 im Tarifverhältnis. Damals wurde der Tarif auf 2 Jahre vereinbart. Der nun am 31. Juli ablaufende Tarif wurde 1906 auf 3 Jahre abgeschlossen. Auf dem Genossenschaftstage in Mainz wurden lastenmäßig die getroffenen Vereinbarungen der Zentralinstanzen beider Kontrahenten gutgeheißen und treten die Bestimmungen mit dem 1. August d. J. in Wirksamkeit. Die Bestimmungen über die Arbeitszeit wurden ohne jede Abänderung aus dem alten Vertrage übernommen. Danach beträgt die tägliche Arbeitszeit in allen kontinuierlichen Betrieben 8 Stunden inklusive einer Essenszeit von 20 Minuten, in allen übrigen Betrieben täglich 10 Stunden inklusive einer Pause von einer Stunde. Die tägliche Arbeitszeit ist für alle Betriebe festgelegt. Als Lohnminimum steht der Tarif vor: Für Bäder und Konditorien in Orten mit 0-10 Proz. Ortszuschlag 23,50 Mk. — die eingekammerten Zahlen sind die Löhne im alten Tarif — (23 Mk.), in Orten mit 12 1/2-20 Proz. Ortszuschlag 24 Mk. (23 Mk.), in Orten mit 22 1/2-30 Proz. Ortszuschlag 25 Mk. (23 Mk.) pro Woche. Für ungelernete Bäderhilfsarbeiter beträgt der Mindestlohn 21 Mk. (21 Mk.), für Hilfsarbeiterinnen wöchentlich 12 Mk. (12 Mk.). Zu diesen Grundlöhnen kommen die Ortszuschläge nach den Bestimmungen des Buchdruckertarifs. Die Nebenstunden werden mit 25 Proz. Zuschlag zu dem tarifmäßigen Stundenlohn vergütet. Nach dem Vertrage werden allen Angestellten in der Zeit vom 1. Mai bis zum 30. September Sommerferien gewährt und zwar in Orten bis zu 10.000 Einwohner eine Woche, in Orten von mehr als 10.000 Einwohner bis zur hundertjährigen Bestehenszeit eine Woche, über hundertjährige bis 10-jähriger Bestehenszeit 1 1/2 Wochen, über 10-jähriger Bestehenszeit 2 Wochen. Die auf Grund des § 616 des Bürgerl. Gesetzbuchs dem Arbeiter zustehende Weiterbeschäftigung des Lohnes wurde in folgender Weise festgelegt: Nach einer Beschäftigungszeit von einem Monat bis zu einem Jahre drei Tage; von einem Jahre bis zu 3 Jahren eine Woche; über drei Jahre zwei Wochen, über 5 Jahren 3 Wochen, als nicht erhebliche Zeit betrachtet. Über die Arbeitsvermittlung wurde vereinbart, daß neu einzustellende Arbeitskräfte durch den Bezirksarbeitsnachweis des Bäder- und Konditorienverbandes zu engagieren sind. Die weiteren Bestimmungen des Tarifvertrags beziehen sich auf die Schlichtung von Differenzen, die eventuell aus dem Vertrage entstehen. Der Tarifvertrag ist auf 5 Jahre abgeschlossen. Vom 1. August 1912, also nach 3 Jahren, erhöhen sich die Mindestlöhne sämtlicher Kategorien um 1 Mark pro Woche. — Zweifelloso bedeutet dieser Vertragsabschluss einen großen Schritt vorwärts für die in diesen Berufen Beschäftigten. In den privatkapitalistischen Betrieben trifft man größtenteils nicht entfernt die Lohn- und Arbeitsbedingungen an, wie sie hier tariflich festgelegt sind. Dort ist der Kost- und Logiszwang mit all seinen kulturwidrigen Begleiterscheinungen noch gegeben. Mit Ausnahme von wenigen Großstädten besteht in allen Privatbetrieben noch die sieben-tägige Arbeitswoche. Während hier durch gegenseitige Achtung der Tarif fast einstimmig angenommen wurde, steht die Organisation der Bäder und Konditorien bei den in ihren Innungen organisierten Arbeitgebern sehr häufig auf dem größten Widerstand. Die Unternehmer sind in diesem Gewerbe so sozialpolitisch rückständig, daß sie in ihrem Dünkel als „Herr im Hause“ von vernünftigen Reformen nichts wissen wollen. Die organisierte Arbeiterkraft wird auch hieraus ihre Konsequenzen ziehen und die Genossenschaftsbewegung durch den Bezug von Brot- und Backwaren in jeder Weise als Genossenschaftler unterstützen. Hier ist die Garantie geboten, daß das Hauptnahrungsmittel unter peinlichster Reinlichkeit und bei geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt wird.

Niederlage der Straßenbahnen in Petersburg. Der unter so günstigen Verhältnissen begonnene Streik der Straßenbahnen in Petersburg hat bereits nach 5 Tagen mit einer Niederlage der Streikenden geendet. Zeigt der Streik selbst, daß die Baf-

tität in dem breiten Arbeiterkreise abgenommen und selbst solche rückständige Elemente wie die Straßenbahner eine energische Organisationsarbeit unternehmen konnten, so zeigt andererseits der Verlauf des Streiks, daß sämtliche „staatsbehaltenden Elemente“ gegen die Streikenden Front machten und im Verein mit der Administration alle Kräfte aufboten, um den Versuch der Straßenbahner, gegen den schamacherischen Magistrat anzukämpfen, zunichte zu machen. Der Magistrat übertrug an den Terrorismus selbst die russische Polizei. Am vierten Streiktag wollte der Magistrat die Streikenden und ihre Familien aus den städtischen Wohnungen entfernen lassen. Dem widersetzte sich jedoch die Polizei, welche darauf bestand, daß man vorher den Streikenden das rückständige Gehalt auszahle. Auch sonst zeigte der Magistrat und namentlich die Straßenbahnkommission, daß die Vertreter der Großbourgeoisie, die in der städtischen Duma sitzen, nichts so sehr haßen und fürchten als das Proletariat. Wir haben zwar, bemerkte der Kommissionsvorsitzende Bishchew in der Sitzung des Magistrats, einen Verlust von 30 bis 35.000 Rubel davongetragen, dafür haben wir uns aber von unerwünschten Elementen unter den Angestellten befreit und endlich eine rechte Arbeitsordnung eingeführt. Besonders schädlich für den Verlauf des Streiks war es, daß verschiedene Artz, Studenten, Schtruppen und sonstiges Gefindel, ihre Dienste anboten und ungeachtet der notwendig daraus entstehenden Unglücksfälle (die zahlreiche Opfer gefordert haben) von dem Magistrat eingestellt wurden. Die Wagenführer hielten sich bis zum letzten Augenblick, mußten aber vor der feindlichen Uebermacht zurückweichen, um so mehr, als die Polizei durch Hausdurchsuchungen, Verhaftungen usw. die Streikenden terrorisierte. Von den ca. 3000 Angestellten wurden 300 verhaftet, während drei Viertel aller Schaffner und fast die Hälfte der Wagenführer mit der Wiedereinstellung nachsuchten. Ein Teil von ihnen wurde jedoch vom Magistrat als „unerwünschtes Element“ abgelehnt.

Gerichtliches.

Ein verhängnisvolles Urteil. Das jetzt in Rensburg tagende Schwurgericht verurteilte einen Tischler Noth wegen verurteilter Mordthat, schweren Diebstahls usw. zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte Stellung unter Polizeiaufsicht mit beantragt. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab mit der Begründung:

„Die Erfahrung habe gelehrt, daß diese Strafe außerordentlich schwer wirkt und es für einen Menschen außerordentlich schwer sei, sich zu bessern, wenn er das wolle, wenn ihm diese Strafe Tag und Nacht brüde.“

Vorstand des Gerichts war Landgerichtsdirektor Dr. Jakobien-Rensburg.

Ein unangenehmer Besucher. Frankfurt a. O., 24. Juni. Der Kammerassessor Paul Richter aus Wendisch-Buchholz wurde heute vom Schwurgericht wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung unter Zuhilfenahme milderer Umstände zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Aus der Nachbarschaft.

* Serforb, 24. Juni. Lohnbewegung der Brennerarbeiter bei der Firma Dthoff. Bei der Verhandlung mit Herrn Korte, Betriebsleiter obiger Brenner, erklärte letzterer, daß es unmöglich sei, jetzt eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorzunehmen. Schuld sei die drohende Braunkohlenpreiserhöhung. Herr Korte gibt also zu, daß eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen notwendig ist, sucht diese Regelung aber möglichst weit hinauszuschieben. Wir werden versuchen, Herrn Korte davon zu überzeugen, daß eine Regelung bei etwas gutem Willen sehr wohl heute schon möglich ist. Wir sind auch bestrebt, die Angelegenheit in friedlicher Weise zu erledigen, ob dies auch bei Herrn Korte der Fall ist, werden wir früh genug erfahren. Wir werden nächstens die bis jetzt in obiger Brenner bezahlten Löhne auf diesem Wege bekannt geben und überlassen es dann den Lesern, sich ihr Urteil zu bilden.

* Gütersloh, 24. Juni. Brauereiarbeiter-Verband. Der Tarifvertrag mit der hiesigen Brauerei läuft am 1. September ab. Der Vertrag wurde von Seiten der Organisationsleitung im Auftrag der dort beschäftigten Arbeiter geschlossen. Der Direktor wurde ein neuer Tarifvertrag überlassen, durch welchen die Bezahlung der jetzt noch bestehenden Mängel angestrebt wird. Eine Arbeitszeitverkürzung wurde diesmal nicht gefordert — die bestehende beträgt 9 1/2 Stunden —, dagegen wurden Lohnhöherungen gefordert, die sich aber in minimalen Grenzen bewegen. Wenn die Brauereileitung entgegenkommen zeigt, dann dürfte die Lohnbewegung in friedlicher Weise verlaufen. Wir werden darüber berichten.

Kleines Feuilleton.

UC. Die Selbstreinigung der Fäule äußert sich darin, daß der Gehalt des Flußwassers an Verunreinigungen durch Fäulnis und sonstige organische Stoffe in dem Maße abnimmt, je weiter es sich von dem Orte der Verunreinigung entfernt. Es kommen hierbei eine Menge Faktoren in Betracht. Nebenfalls hat das Niedersinken auf den Flußgrund nur eine vorübergehende Reinigung zur Folge; denn bei Hochwasser wird der chemisch kaum veränderte Schlamm wieder aufgeführt und die Gefahr für die Gesundheit und Fischzucht ist dieselbe wie vorher; auch können bei Ablagerung auf feuchtem Grunde unter dem Einflusse von Licht und Wärme Gärungsprozesse stattfinden, die für die Umgebung in ihren Folgen höchst nachteilig sind. Ungleich wichtiger ist die Wirkung der Spaltwirbel (Bakterien); sie ziehen die organischen Stoffe an sich und zerlegen sie; die Gärungsprodukte bilden wichtige Nährstoffe für höhere Wasserpflanzen und Wasserfauna, werden von ihnen aufgenommen und zugleich den Mikroorganismen die Möglichkeit der Existenz gesichert, wenn nicht gar gerettet; die Bakterien nehmen immer mehr zu und geben schließlich gänzlich zugrunde. Allerdings spielt hierbei auch die zunehmende Verdünnung der Abwässer durch das Flußwasser eine Rolle. Die Intensität der Selbstreinigung ist außerdem wesentlich abhängig von dem größeren oder geringeren Sauerstoffgehalt des Wassers; bei Nacht und im Winter ist sie nicht so lebhaft wie am Tag und im Sommer. Chemische Prozesse lassen sich bei der Selbstreinigung genau verfolgen; Kohlenstoff und Wasserstoff der organischen Verbindungen werden durch die oxydierende Wirkung der Mikroorganismen zu Kohlenäure und Wasser verbrannt. Ersterer bildet einen wichtigen Nährstoff für höhere Pflanzen oder wirkt auf die Schwefelstoffe, soweit sie Calciumcarbonat (CaCO₃) enthalten, lösend ein; Stickstoff und Phosphor werden zu Salpeter- und Phosphorsäure oxidiert, die sich mit CaCO₃, kohlensaurem Kalk, zu Nitraten und Phosphaten umsetzen. Aus Schwefel bildet sich Schwefelsäure.

Ein großes Reinigungsvermögen besitzt die Flur bei München; nach Pransky beträgt der Gehalt an Bakterien nach 10 Untersuchungen zu verschiedenen Jahreszeiten im Durchschnitt:

Ort der Wasserentnahme	Entfernung von München in km	Zahl der Bakterien in 1 cem Wasser
Oberbach Mühlendens . . .	—	305
Vogelbauer Brücke . . .	1,0	9 387
Hinter dem Esbach . . .	3,1	15 232
Oberföhring . . .	4,4	13 503
Unterföhring . . .	7,0	12 607
Ismaning . . .	13	5 111
Freising . . .	33	3 602

(Mit Erlaubnis der Göttinger Verlagsbuchhandlung aus „Leber, Das Wasser und seine Verwendung in Industrie und Gewerbe“, Nr. 261 der Sammlung Göttingen, geb. 1,80 Mk., abgedruckt.)

Vermischtes.

§ 175. Berlin, 24. Juni. In einem hiesigen Kavallerie-Regiment haben sich in der letzten Zeit Dinge zugegetragen, die stark an die Vorgänge zu Graf Lynars Zeiten in Potsdam erinnern. Der Regimentskommandeur erhielt Nachricht von den Vorfällen und dem Treiben in einigen Kneipen und hat die strengsten Maßregeln ergriffen, um den Ausschreitungen Einhalt zu tun, die bereits so arg waren, daß sie harmlosen Passanten ausliefen. Es wurden Verhaftungen und Suspendierungen vorgenommen, die ein kriegerisches Nachspiel haben werden. Nebenher geht auch ein Verfahren gegen mehrere in die Affäre verwickelte Zivilpersonen, so auch gegen einige Gastwirte, die das Treiben unterstützt haben.

Selbstmord. Berlin, 24. Juni. Im Hause Sigmaringerstraße 33 in Wilmersdorf war heute früh das Gerücht von einem Mord verbreitet. Die dort wohnende Frau Berta Binder war von ihrem 12-jährigen Tochterchen Frieda in ihrem Bette tot aufgefunden worden. Der Gatte, ein seit etwa einem halben Jahre stellungsloser Kutscher, hat seit gestern Abend die Wohnung verlassen. Die Leiche wurde, da der Arzt die Todesursache nicht ohne weiteres feststellen konnte, beschlagnahmt und ins Wilmersdorfer Schaushaus übergeführt.

Hierzu wird weiter gemeldet: Nach den bisherigen Feststellungen ist anzunehmen, daß Frau Binder infolge von Nahrungsorgen Selbstmord verübt hat, indem sie Gift zu sich nahm. Einwirkungen von dritter Seite erscheinen ausgeschlossen.

Raubmord. Uelzen, 24. Juni. In vergangener Nacht brangen Raubmörder in das Haus des Hofbesizers W. Baute zu Klein-Pollenz bei Uelzen. In der ersten Kammer des Hauses fanden sie ein schlafendes Fräulein namens Lange, die Schwägerin des Hofbesizers. Sie töteten sie durch einen Schuß ins Auge. Durch den Arm aufmerksam gemacht, erschien Baute. Er erhielt einen Schuß in die Brust und brach schwer verletzt zusammen. Schließlich stießen die Verbrecher auf die junge Frau Baute und töteten sie durch einen Schuß in den Kopf. Der Hofbesizer wurde in das Krankenhaus nach Uelzen gebracht. Bis jetzt blieben, wie die „Braunschw. N. Nachr.“ melden, die Nachforschungen nach den Tätern erfolglos.

Polizeilicher Mißgriff. Nürnberg, 24. Juni. Von einem kaum glaublichen Mißgriff der Polizei wird berichtet: In der Wohnung einer verwitweten angesehenen Dame erschien in aller Frühe ein Schuttmann in Begleitung eines 9-jährigen Schulknaben, ließ sich von diesem auf das bestimmteste erklären, daß dies die „Dame“ sei und brachte sie darauf auf die Polizeiwache. Dort erfuhr sie, daß der Junge sie beschuldigt hätte, ihn in ihre Wohnung gelockt und unzüchtliche Handlungen mit ihm verübt zu haben. Trotz Bestreitens wurde die Dame bis zum späten Abend in Haft gehalten. Erst später stellte sich heraus, daß der Junge es liebte, die Schule zu schwänzen, und sich von einem Baderlehrer jenes Märchen hatte erzählen lassen, um eine Ausrede zu haben.

Typhusepidemie. Breslau, 24. Juni. Die Zahl der Typhuserkrankungen ist nach einer Meldung bis heute früh auf 376, die Zahl der Todesfälle auf 10 gestiegen.

Durch elektrischen Strom getötet. Jährze, 24. Juni. Aus Unvorsichtigkeit berührte der Maschinist Riga auf der Luisenbahn die elektrische Stromleitung und wurde sofort getötet.

2 1/2 Millionen Mark gestohlen. Petersburg, 24. Juni. Auf der Wolga-Vogulmineisenbahn wurden große Unterschleife entdeckt. 2 1/2 Millionen Mark sind gestohlen worden. Die gesamte Direktion wurde unter Anklage gestellt. Man fand eine Menge gefälschter Quittungen im Gesamtbetrag von über einer Million Mark. Auch falsche Buchführungen konnten nachgewiesen werden.

Erdbeben. Lissabon, 24. Juni. Von verschiedenen Orten Portugals werden neue Erdstöße gemeldet.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 25. Juni. Die Ansicht der Berliner Morgenblätter, die infolge der gestrigen Abstimmung im Reichstag vorherrscht, geht allgemein dahin, daß es nur noch einen Ausweg aus dieser unheilvollen Situation gibt, nämlich die Auflösung des Reichstages.

Das „Berliner Tageblatt“ weist darauf hin, daß die Liberalen an ihrer Erklärung festhalten, nun alle indirekten Steuern abheben zu wollen.

Berlin, 25. Juni. Die Führer der nationalliberalen Reichstagsopposition hielten gestern im Reichstagsgebäude eine vertrauliche Besprechung über die durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer geschaffene Lage ab. Die Auffassung, die in den leitenden Kreisen der Nationalliberalen über die Frage des Tages herrscht, kennzeichnet folgende Aeußerung, die der Abgeordnete Fuhrmann einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ macht. Dieser erklärte, die durch die gestrige Abstimmung hervorgerufene Situation liege ganz klar, der Reichstagskanzler müsse die Konsequenzen ziehen; da die Auflösung des Reichstages nicht sofort erfolgt ist, so wird Fuhrmann seine Demission einreichen müssen. Wird sein Rücktrittsgesuch abgelehnt, so muß dann die Auflösung des Reichstages erfolgen; eine Vertagung ist ein unglückseliges Mittel und daß Fuhrmann unter den gegebenen Verhältnissen nicht im Amt bleiben kann, dürfte kaum ohne Zweifel bleiben.

Derselben Ansicht ist auch die „Nationalzeitung“. Für den Reichstagskanzler und die Regierung gebe es nur die Wahl zwischen Heigen und Brechen. Das Wilow sich dem Zentrum beuge, erscheine völlig ausgeschlossen, die freinunige Presse hebt hervor, daß die Regierung jedes Ansehen verlieren würde, wenn sie jetzt tanlos zusehen würde. Wilow sei für die Erbanfallsteuer so stark engagiert, daß er die Ablehnung als eine persönliche Niederlage empfinden müsse. Gleicher Meinung ist auch die „Volkzeitung“, die von Wilow verlangt, daß er endlich Farbe bekenne. Eine solche Niederlage könne Wilow nicht schaden, wenn er sich auch als noch so schuldhaft erweisen habe.

Die „Tägliche Rundschau“ sieht keinen anderen Ausweg, als die tatsächliche oder moralische Abdankung von Kanzler, Bundesrat und der sämtlichen Minister, oder die Auflösung des Reichstags. Die Presse der sieghaften Parteien bekräftigt sich auf kurze Bemerkungen. Die Regierung müsse sich mit der Lage in der Weise abfinden, daß sie die Reform nach den Wünschen der konservativ-liberalen Mehrheit mache.

Berlin, 25. Juni. Der geschäftsführende Ausschuss des Zentralverbandes der nationalliberalen Partei hat beschlossen, einen allgemeinen Vertretertag der Partei zum Sonnabend, 4. Juli, nach Berlin einzuberufen.

Berlin, 25. Juni. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt, daß der Bundesrat unter keinen Umständen die vom Reichstag beschlossene Notierungsteuer annehmen werde.

Krenznach, 25. Juni. Ein Arbeiter aus Sarmstheim, der bei einer hiesigen Firma beschäftigt war, wurde in der Nähe des Bahnhofes gestern früh erdrosselt aufgefunden. Alle Anzeichen deuten auf einen vorausgegangenen heftigen Kampf hin. Der Mann war seiner Barchast beraubt. Untersuchung ist eingeleitet.

Magdeburg, 25. Juni. Der Materialwarenhändler Otto Teuerlauf wurde vom hiesigen Schwurgericht wegen Doppel-mordes zum Tode verurteilt. Teuerlauf hatte am 27. Dezember seine Wohnung in Brand gesteckt, wobei seine Frau und sein drei Monate altes Tochterchen erstickten und verbrannten.

Briefkasten der Redaktion.

H. G. Barthhausen. Warten Sie, bis Sie einen endgültigen Bescheid haben. Dann können Sie evtl. Berufung an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung einlegen. Sie können sich dann an das Arbeiterssekretariat in Minden, Opferstr. 8, wenden.

Selte
al
Se

Hocheleg

Wien

Wall

teilweise etw
Hälfte des w

Ma

He

Kleine

Jedes Wort kostet nur 2
der fetten Leberchrift 10
Anzeigen unter dieser Rubrik

Kinderwagen

Sportwagen, eine Aus
gefeite, weit unter Preis
fr. Barmer, Deilmöbel
Erstes Kinderwagen-Spez

Krawatten

Handschuhe, Wäsche, fets
Georg Meier, Herforderstr.

Schuhware

Wir hatten Gelegen
großen Posten prima
Mädchen-Stiefel ganz bed
Preis zu erwerben.

Wir bringen diese ve
zu ganz billigen Preisen
Außerdem feinste
Agraffen- und Jagdtiefel
Ihre beste erprobte
Ueberzeugen Sie sich von
und Billigkeit. Kohlmei
Biegenstraße 10. (Am a

Sportmühle

große Auswahl, billige
Meier, Herforderstr. 12.

Damenrad

gut erhalten, billig zu
Kronenstraße 181.

Zonb

Langestr. 63.

Erstklas

sprech

Täglich von 5 bis

Preise

Billetts zu erm

:: :: :: Herr

In der Buchhandl

Wie wird die Glan

Seltene Gelegenheit zum Einkauf allerfeinster Schuhwaren.

Wir legen zum Verkauf aus:
Nochelegante Einzel- und Musterpaare

darunter **allerfeinste**
Wiener Handarbeits-Schuhe

und
Wallersteins Fortschrittstiefel

teilweise etwas beschädigt, zu enorm billigen, bis auf die Hälfte des wirklichen Verkaufswertes herabgesetzten Preisen.

Man beachte unsere Auslagen!

Hesse & Co.

Bielefeld, Rathausstr. 1.

Zentral-Verband d. Maurer Deutschlands Sommertheater

Zweigverein Bielefeld.

Sonntag, den 27. Juni, vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Aug. Indictel, Bürgerweg:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Max Sachs über: „Die Rechte des Kaisers, des Bundesrats und des Reichstags.“
2. Bericht über Lohnbewegungen im Zweigvereinsgebiet.
3. Das Wesen des Arbeitgeber-Arbeitsnachweises.
4. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, am morgigen Tage auf den Baustellen für einen guten Besuch zu agitieren.

Der Vorstand.

Brackwede!

Sonntag, den 27. Juni 1909, feiert die

Sekt. Brackwede des Zentralverbandes deutscher Textilarbeiter

Wald-Fest

oberhalb des Brackweder Güterbahnhofes (sogenannte Galgenheide), wozu sämtliche Mitglieder freundlichst eingeladen sind.

Der Fest-Ausschuss.

Herford!

Allgemeine Orts-Krankenkasse
für gewerbliche Arbeiter der Stadt Herford.

Am Sonnabend, den 26. Juni 1909, abends 9 Uhr,

im Lokale des Herrn Keder:

Ausserordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Neu-Einführung der Beitrags- und Leistungssätze.
2. Erhöhung der Vorstandsmitglieder von 9 auf 12.

Der Vorstand. Albert Dörnte, 1. Vorst.

Den Vertretern diene zur Nachricht, daß eine besondere Einladung per Karte nicht mehr erfolgt.

Schweineversicherungs-Verein Radewiger Feldmark
zu Herford.

Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr,

im Lokale des Herrn Feld:

Ordentl. Mitglieder-Versammlung.

Um recht pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

(Brinkhoffs Tonhalle.)

Heute, abends 8 1/2 Uhr:

— Zum zweiten Male! —

Der Dummkopf.

Lustspiel in 5 Aufz. von Ludw. Janda

Nächste Vorstellung

Sonntag, den 27. Juni 1909.

Novität! **Kolossaler Lachserfolg!**

Der Kilometerfresser.

Schwank in 3 Akten von Kurt Kraak.

Kinematographen-Theater

zur alten Post

— stets allen voran —

Programm.

Bei den Holzfällern
in Canada.

Interessante Naturaufnahme.

Erlebnisse eines
Plakatanklebers.

Humoristisch.

Vendetta.

Drama. Herrlich koloriert.

Die Folgen einer
Karambolage.

Humoristisch.

Die Banknote.

— Drama. —

Ein Weib aus dem Volke.

— Tragisch. —

Der standhafte Freier.

Humoristisch. 3442

Ein weiser Rat!

Uhren
u. Goldsachen
sollten Sie nie bei
einem Fälscher,
sondern beim
Uhrmacher
H. Siekmann,
Kaiserstr. 165
neben der Schmiede
taufen und
reparieren lassen.

Haar-

Zöpfe, Unterlagen,
Binder, Netze, Kämme,
Pfeile, Spangen, Nadeln,
in großer Auswahl
gut und billig bei
Emil Emde, Friseur,
Herforderstr. 16,
neben der Stadtheide Schule.

Kleine Anzeigen-Gef.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in
der fetten Überschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben
werden doppelt gerechnet.

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Kindergarten, [3433]

Sportwagen, eine Anzahl zurück-
gesetzte, weit unter Preis abzugeben.
Fr. Barmer, Detmolderstr. 125.
Erstes Kindergarten-Spezial-Geschäft.

Krawatten, 3430

Handschuhe, Wäsche, stets das Neueste.
Georg Meier, Herforderstr. 12.

Schuhwaren.

Wir hatten Gelegenheit, einen
großen Posten prima Knaben- und
Mädchen-Stiefel ganz bedeutend unter
Preis zu erwerben. [3417]

Wir bringen diese von heute ab
zu ganz billigen Preisen zum Verkauf.
Außerdem feine Herren- u. Vor-
strecken- und Jagdstiefel zu Mk. 7,50.
Nur beste erprobte Qualitäten.
Überzeugen Sie sich von der Güte
und Billigkeit. Kohlmeier & Düring,
Biegenstr. 10. (Am alten Markt.)

Sportmützen, 3432

große Auswahl, billige Preise. Georg
Meier, Herforderstr. 12.

Damenrad, 3439

gut erhalten, billig zu verkaufen.
Kronenstr. 181.

Getragene

Anzüge, Hosen, Damenkleider, Kleider-
röcke, Blusen, taucht man am billigsten
und reellsten bei H. Blinne, Ritten-
str. 81. [3395]

Erdbeeren,

täglich frisch, verpackt durch Hille,
Engros. Verkauf: Schmidt, Obsthand-
Kaiser-Wilhelms-Platz, gegenüber
Hagenbeck. [3416]

Jaden, 3429

blaue, und Hosen Stück 1,40 Mark.
Georg Meier, Herforderstr. 12.

Achtung! 3428

Wie bekannt, kaufen Sie die elek-
trischen wenig getragenen Herren-
und Damen-Garderoben für wenig
Geld nur bei Postle, Niederwall,
neben Hauptmann.

Ausverkauf

aller Herren-Artikel wegen Aufgabe
des Geschäfts. Modehaus Rathaus-
str. 10. [3331]

Schneiderin

nimmt noch Kundin an. Siegfried-
str. 44, 3. Etg., r. [3435]

Wäsche

für Damen u. Kinder. Gute Quali-
täten. Billigste Preise. Georg Meier,
Herforderstr. 12. 3431

Damen- [3436]

Kleider, habe eine große Partie
wenig getragener billig abzugeben.
Wellmann, Rottportstr. 6.

Würstchen,

gebacktes Rind- und Schweinefleisch,
sowie ff. Bratwurst, à Pfd. 80 Pfg.,
Wilhelm Frankenberg. [3452]

Wollen

Sie eine prima Leberwurst, à Pfd.
70 Pfg., kaufen, gehen Sie zu Wilhelm
Frankenberg. [3445]

ff. Sülze,

à Pfd. 50 Pfg., hochfein, Thüringer
Rotwurst, à Pfd. 60 Pfg., gibt es
bei Wilhelm Frankenberg. [3447]

Wilhelm Frankenberg

verkauft eine schmackhafte Landstut-
u. Leberwurst à Pfd. zu 40 Pfg. [3451]

Hochfeine 3449

Fleischwurst, Mettwurst, Brau-
schweiger à Pfd. 70 Pfg. bekommen
Sie bei Wilhelm Frankenberg.

Suppen- 3450

Knochen à Pfd. 20 Pfg. empfiehlt
Wilhelm Frankenberg.

Bekanntmachung.

Das modernste und feinste Geschäft
für getragene Sachen sowie Anzüge,
Hosen, Damenkleider, Herren- und
Ketten ist und bleibt nur bei Wilhelm
Meier, Renteistr. 19. 3294

Ausverkauf

in braunen Herren-, Damen- und
Kinderstiefeln, auf jedes Paar zehn
Prozent Rabatt. Heinrich Meyer,
Kampthofer Schuhwarenhaus, Nord-
und Bunderstr. 10. 3352

Schirme

und Spazierstöcke kaufen Sie am
vorteilhaftesten im Spezial-Store und
Schirmgeschäft von Robert Pott,
Deperstr. 34, an der Ravensberger
Spinnerei. Billigste Reparaturwerk-
statt am Platz. 2115

Herde,

Defen und Haushaltungsgegenstände
in großer Auswahl, auch bei Teil-
zahlungen, empfiehlt C. Bratemeier,
Hohreiterstr. 72, gegenüber der
Schule. 2067

Fran,

saubere, für die Morgenstunden gesucht.
Bürgerweg 44 l. [3434]

Roß 3444

und Logis für 2 bis 3 anständige junge
Leute. Ehrentorstr. 17, II. Etg.

Verlobungs-Anzeigen
liefert Buchdruckerei „Volkswacht“.

Diese Woche wieder

gutes Rindfleisch

Pfund 60 Pfg.

Kalb- u. Schweinefleisch

zu billigen Preisen.

Verschiedene Wurst-

waren und Aufschnitt

empfehlen [2198]

Fritz Ellenbeck,

Mechermeister,

Herford

Bieberstr. 24. Telefon 417.

Sozialdemokratischer Verein

Ortsgruppe Blotho.

Sonntag, abends 8 Uhr, bei

Kasselmann:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder und
Zahlung der Beiträge.
2. Vortrag des Genossen Hoffmann,
Bielefeld.
3. Abrechnung der Rechts-Auskunfts-
stelle.
4. Die Wasserleitungsfrage.
5. Verschiedenes. 3453

Detmold.

Zonbild-Theater

Langestr. 63. Detmold. Langestr. 63.

Erstklassiges Theater für singende,

sprechende, lebende Photographien. 3410

Täglich von 5 bis 11 Uhr ununterbrochen Vorstellung.

Preise der Plätze 60, 40, 25 Pfg.

Billetts zu ermäßigten Preisen im Vorverkauf bei

Herrn Eggen, Krummestrasse 4.

In der Buchhandlung „Volkswacht“ ist zu haben:

Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben? S. Zeims.

Preis 25 Pfg. — Porto 3 Pfg.

Detmold und Umgebung.

Bringe mein reichhaltiges Lager in

Schuhwaren aller Art

in empfehlende Erinnerung. 3404

Stets Eingang von Neuheiten. Reparaturen sofort u. billig.

Tadellose Mass-Anfertigung.

Ferd. Hoffmann,

Krummestr. 28.



Größtes Fahrrad- und Nahmaschinen-Spezial-Geschäft des Landes.

Feinste deutsche Marken
Adler und Wanderer
gegen monatliche Teilzahlungen bei
ganz minimaler Preiserhöhung.

B. Greive, Detmold

Langestr. 49. [3413]

Gratulations-Karten

für alle Gelegenheiten, nur feinste

Gewerke, stets vorrätig in der

Buchhandlung „Volkswacht“.

Die denkbar grössten Vorteile beim Einkauf aller Art

Schuhwaren

für Herren, Damen u. Kinder

bietet

C. Steinrucks Schuhwaren-Geschäft

Detmold, Langestr. 31.

Inh.: H. Beining.

Detmold, Langestr. 31.

Herrenstiefel
in eleganten modernen Formen
und allen Preislagen.

Damenstiefel
in enormer Auswahl von den ein-
fachsten bis zu den elegantesten

Knabenstiefel
sehr kräftig
in allen Grössen

Kinderstiefel
fest wie Eisen und doch be-
quem und biegsam.

Hausschuhe
in Leder, Plüsch und Cord für
Herren, Damen und Kinder.

**Lasting-, Spangen-
und Segeltuchschuhe**
in reichhaltiger Auswahl.

**Turn-, Tennisschuhe,
Sandalen**
in allen Grössen.

Arbeitsschuhe
mit und ohne Nägel in prima
Qualität.

Elegante Anfertigung nach Mass. ✱ Reparaturen sauber, schnell und billig.

B. Kolscher's
Sachschule für Tischler
und für gewerbliches Zeichnen

Erster-Strasse zu Detmold Erste Grabenstr.

3- und 6 monatlicher Kursus mit Tages- und Abendunterricht. In 3 Monaten: Ausbildung zum Werkführer und Vorbereitung für die Meisterprüfung. In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 25 Mark pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt kann jederzeit erfolgen. Auskunft durch die Direktion. B. Kolscher.

**Sportwagen, Leiterwagen, Kastenwagen,
Waschmaschinen,
Wringmaschinen, Wäschmangeln, Bügeleisen**
empfiehlt

L. Schonder & Co. Nachflg.,
Heinr. Gees, Detmold.

H. Kayser, Detmold

Inhaber Emil Kayser

Gegr. 1864 Bruchstr. 15 Gegr. 1864

Anfertigung feiner Herren-Kleidung

unter Garantie.

Anzüge von 40 Mk. an. Fertige Garderobe.

Herren-Anzüge von 18 Mk. an. Knaben-Anzüge zu billigsten Preisen.

J. Kneifel, Detmold

Langestrasse 11.

Stets Neuheiten

in Schlipsen, Krawatten, Kragen,
Vorhemden, Hemden u. Strümpfen

in grösster Auswahl bei billigsten Preisen.

Albert Stieve, Detmold

Lemgoerstrasse 2.

**Hüte :: Mützen :: Schirme
Pelzwaren**

in reichhaltiger Auswahl.

Reparaturen prompt u. billig.

Reelle Bedienung.

Krawatten :: Herrenwäsche :: Handschuhe.

Einfache sowie bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
liefere zu billigem Preise.

Langjährige Garantie. — Besichtigung meiner
grossen Lager erbeten.

Carl Bruns, Detmold

Lemgoerstrasse 6. Fernsprecher 229.

Franko-Lieferung durch eigenes Gespann.

Laden Parterre und 1. Etage. Lagerhaus mit 3 Etagen.

Wilh. Eggen, Detmold,

Krummestrasse 4.

**Zigarren, Zigaretten, Rauch-
Kau- und Schnupf-Tabake.
Papierhandlung.**

Filial-Expedition der „Volkswacht“.

— Annahme von Inseraten und Drucksachen. —

Die Geschäftsleute,

die in der „Volkswacht“
inzerieren, wolle man bei
Einkäufen berücksichtigen.

**Kinderwagen, Sportwagen,
Reisekörbe, Wasch- u. Armkörbe,
Markttaschen, Bürsten- und Holzwaren**
empfiehlt in nur soliden Qualitäten bei billigsten Preisen

H. Niehaus, Detmold,

Langenstrasse 11. Langenstrasse 11.

Reparaturen gut und billig.

Bäckerei und Konditorei

bestens empfohlen.

Brod- und Backwaren werden auf Wunsch frei
ins Haus gebracht.

F. Stork, Söfienstrasse 22.

Gustav Brokschmidt

Detmold, Bruchstrasse 12.

Herren- und Knaben-Konfektion

wegen Umbau Ausverkauf zu

ausserordentlich billigen Preisen.

Anfertigung nach Mass

in eigener Werkstatt.

Schuhwaren

in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

Zigarren, Tabake nur beste Qualitäten

empfiehlt

Ferd. Linnemann, Detmold

Paulinenstrasse Nr. 65.

Nr. 145.

Deutscher

269. Sitzung vom 2. April 1907.
Am Bundesratssitzungstag.
Vortagung der zweiten
Sitzung, beginnend
um 10 Uhr.

Mit zur Beratung
gekommen: 14 Mitglieder.
Anwesend: 14 Mitglieder.
Fehlend: 0 Mitglieder.
Mit der Tagesordnung
belegte bis zu 5 Prozent
Antrag Albrecht (Sa-
chen der Reichs- und
Bundesgesetzgebung)
bunden damit wird ein
Gesetz beschlossen.
Mit der Tagesordnung
belegte bis zu 5 Prozent
Antrag Albrecht (Sa-
chen der Reichs- und
Bundesgesetzgebung)
bunden damit wird ein
Gesetz beschlossen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.
Er hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

Abg. v. Richter (So-
zialdemokratische Par-
tei) hat die Tagesord-
nung in der Sitzung
vom 2. April 1907
nicht angenommen.

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 145.

Bielefeld, Freitag, 25. Juni 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

260. Sitzung vom Donnerstag, 24. Juni, 2 Uhr nachm.
Am Bundesrat: Bülow, Sydow, Bernburg, Bethmann-Hollweg.

Vorlesung der zweiten Beratung des Erbschaftsteuergesetzes, beginnend mit dem § 9a, welcher die Prozentsätze der Steuer festsetzt (bis zu 4 Prozent bei 750 000 Mark.)

Mit zur Beratung steht ein Antrag Raab (B. Vg.), die Sätze bis zu 5 Prozent bei einer Million zu steigern, und ein Antrag Albrecht (Soz.), die Steigerungen über der Grenze einer Million fortzusetzen, bis sie 20 Prozent erreichen. Verbunden damit wird ein Antrag von Camp (Np.), der eine verfassungsmäßige Bindung der Steuerhöhe verlangt.

Abg. v. Nitzsche (Np.): Ich spreche namens der Mehrheit meiner Fraktion. Während der nochmaligen Verhandlungen ist der Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Verheiratete und Ehegatten eine immer steigende Bedeutung beigegeben worden. Es erweist sich den Eindruck, daß für manche Parteien das Schicksal der ganzen Finanzreform von der Erbschaftsteuer abhängt. (Sehr richtig! bei den Np.) Die Erbschaftsteuer ist eine Abart der Vermögens- und Einkommensteuer und was gegen eine Reichsreform und Reichsfinanzreform spricht, spricht auch gegen die Reichserbschaftsteuer. Man hat unsere Haltung mit dem Wunsche in Verbindung gebracht, den Reichsfinanzplan zu stützen. Einen Reichsfinanzplan oder einen Minister in Preußen zu stützen, ist noch nie die Absicht oder der Wille der konservativen Partei gewesen. (Stürmisches Heiterkeit links.) Das widerspricht unseren Grundrissen und Ueberlieferungen durchaus. (Erneute Heiterkeit links, Rufe: Caprioli!) Die Absicht aller Anträge unserer Partei ist, den Besitz an allen Stellen zu besteuern. (Zuruf links: Außer in der Landwirtschaft!) Das glaubt der Herr Zwischenrufer selbst nicht. (Obwohl links.) Wenn die Erbschaftsteuer abgelehnt wird, so hoffen wir, daß alle bürgerlichen Parteien den ersten Willen zeigen, unsere Anträge zu verbessern. (Nur links: Sind ja garnicht verbesserungsfähig!) Auch die Reichsreform wird uns dabei beistehen und dann werden wir genug Besitzsteuern bekommen, und die Finanzreform zu einem glücklichen Ende führen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Reichsfinanzsekretär Sydow: Nur mit wenigen Worten will ich noch auf die prinzipiellen Grundlagen des Gesetzes zurückkommen. Wenn man sich darüber einig ist, daß angesichts der erheblichen Belastung der breiten Volksmassen die Bestehen den besonders getroffen werden sollen, so muß man doch eine Steuer wählen, welche alle Bestehen trifft. Da die Bundesstaaten die Einkommen- und Vermögenssteuer für sich brauchen, bleibt nur die Erbschaftsteuer als eine solche allgemein treffende Steuer übrig. Ein Ertrag durch Belastung einiger Vermögens teile ist nicht möglich. (Sehr richtig! links.) Eine Erbschaftsteuer des Vermögens der Erbschaftsteuern nicht bringen, da für die Eigenart des Grundbesitzes besondere und ausreichende Bestimmungen vorgehen sind. Den Antrag Raab, welcher die Steuerhöhe erhöhen will, können die Regierungen nicht annehmen und noch weniger den Antrag Albrecht, der für die Erhaltung des Besitzes geradezu gefährlich wäre.

Die Erbschaftsteuer ist in dem ganzen Steuerbuckel der Regierung die beste Steuer. Es würde im Volle nicht verstanden werden, wenn der Reichstag bei seiner Suche nach Steuerprojekten gerade an dieser Steuer vorbeigehen würde. (Lebhaftes Zustimmung bei den Liberalen.)

Abg. Sieg (natl.): Wir wird niemand bestreiten, daß ich stets auf das allergrößte für das Interesse der Landwirtschaft eintrete. Ich führe das glückliche Familienleben, habe eine Frau, blühende Kinder und Enkel. (Brüllendes Gelächter rechts.) Ich weiß nicht, warum die Herren darüber lachen. (Rufe links: Das ist der Familienstolz!) Zustimmung und Heiterkeit. Ich habe das größte Empfinden für den Familienzusammenhang, aber ich sehe nicht ein, wie dieses Empfinden unter der Besteuerung des Nachlasses leiden soll. (Stürmisches Zustimmung links.) Die Herren von der Rechten treiben ein gefährliches Spiel. Sie werden es noch dahin treiben, daß sich das Bündnis zwischen großem und kleinem Grundbesitz auflöst. (Sehr wahr! links, Lärm und Unruhe rechts.)

Wir werden selbstredend für die Vorlage stimmen. Auch

stimmen wir dem Antrage Raab zu. Interessant ist, daß Graf Mielczewski, der sonst den rötlichen der roten Demokraten heraushebt (Lachen und Gähnen bei den Polen), zusammen mit dem Grafen Westarp die Erbschaftsteuer bekämpft. Die Kon servativen sollten bei diesem Bündnis stuhig werden. Graf Mielczewski ist für das Koalitionsrecht der Landarbeiter getreten. Also für die Aufhebung der ländlichen Arbeitskräfte. (Lachen und Gähnen bei den Polen, Zentrum und Soz.) Mit diesem Bündnis treiben die Konserverativen einen Keil in die deutsche Bevölkerung der Ostmark. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.)

Für uns ist die Frage eine Gewissensfrage. (Abg. Ulrich (Soz.) ruft: „Eine Portemonnaiefrage!“ Sehr wahr! bei den Soz.) Nein, Herr Kollege Ulrich, eine Gewissensfrage! Im Interesse des Gemeinwohls und des Vaterlands stimmen wir für die Erbschaftsteuer. (Stürmisches, anhaltendes Bravo! links, Bischen rechts, ein Zuruf ruft überlaut ein ironisches Surreal, die Liberalen antworten mit erneutem Beifall.)

Abg. Kautz (Np.): Wir haben uns entschlossen, für die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten zu stimmen, um die Reichsfinanzreform zu retten. Wird die Erbschaftsteuer abgelehnt, so können wir auch dann die Verantwortung für das Scheitern der Finanzreform nicht tragen. Auch dann werden wir unsere Kräfte für das Zustandekommen der Finanzreform ohne Erbschaftsteuer einsetzen.

Abg. Freiherr v. Hertling (Ztr.): Meine Kreise halten den heutigen Tag für einen entscheidenden für unsere Zukunft. Ich weiß nicht, ob das richtig ist, denn die Zukunft ist dunkel. (Große Heiterkeit.) Es handelt sich um mehr als eine einzelne Steuer, es handelt sich um eine Machtfrage zwischen rechts und links. (Sehr richtig! im Zentrum.) Doch darauf gehe ich nicht ein. Der Besitz kann nur da ergriffen werden, wo es dem Reich auf Grund seiner Steuerkräfte möglich ist. (Zuruf links: Also die Erbschaftsteuer!) Nach unserer Meinung wird durch die Erbschaftsteuer der Besitz nicht gleichmäßig getroffen. Die Degradierung des Grundbesitzes durch diese Steuer ist so offensichtlich, daß man daran nicht zurückzukommen braucht. Bei dem vielerprobten Familienstolz denken wir an die alte deutsche Anschauung, daß das Eigentum nicht Eigentum des einzelnen, sondern der Familie ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Herren links machen ihre Stellung zu den Verbrauchssteuern von der Annahme der Erbschaftsteuer abhängig. Ich habe seitens meiner Fraktion keine Erklärung abgegeben, aber was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. (Sehr richtig! im Zentrum, Bewegung.)

Abg. Dr. David (Soz.): Herr v. Nitzsche hat von der übertriebenen Wichtigkeit, die der Erbschaftsteuer beigegeben wird, gesprochen. Schuld daran sind gerade die Herren Konserverativen. Herr v. Nitzsche sagte ja selber, hier komme ein Prinzip in Frage, an welches seine Freunde nicht tasten lassen. Dieses Prinzip ist das Prinzip des großen Portemonnaies, die Schonung der Reichen, vor allem der Großgrundbesitzer. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr v. Nitzsche wies auch mit Entschiedenheit zurück, daß seine Partei niemals daran gedacht habe, einen Rang zu stützen. Wer hat denn diesem Bismarck gekürzt? Nach seinem eigenen Zeugnis eine konservative Clique. Und wer hat Caprioli gekürzt? (Sehr richtig! links.) In dieser Frage haben die Herren vom Zentrum sich natürlich bereit gefunden, den Bund mitzumachen. Denn das ist ja für diese Herren bei der ganzen Finanzreform keine so ganz ungewöhnliche Frage. (Sehr richtig! bei den Soz.) Von konservativer Seite ist es ja auch in einem vertraulichen Zirkular ausgesprochen worden, daß es sich keineswegs nur um die Erbschaftsteuer handelt, sondern darum, der Gefahr in Preußen vorzubeugen. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist natürlich dem Zentrum auch sehr sympathisch, wenn die Möglichkeit einer, auch nur irgendwie liberal schillernden Wahlrechtsreform aus der politischen Arena beseitigt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es ist sehr zu bedauern und unverantwortlich, daß die Regierung ihr ursprüngliches Projekt einer Nachlasssteuer zurückgezogen hat, denn diese Steuer war steuertechnisch noch einfacher und auch gerechter, sie war in ihrer Wirkung richtiger als die jetzige Vorlage. Damit ist allerdings die Nachlasssteuer keineswegs verschwunden. Sie wird von unserem Programm so leicht nicht verschwinden, und wir werden sie nach wie vor aufrecht erhalten. Ebenso natürlich die Vermögens- und Einkommensteuer. Das Zentrum findet sich auch in seiner Gegnerschaft gegen die Vermögens- und Einkommensteuer mit den Konserverativen zusammen. Auch das Zentrum strebt dahin, mög-

lich viel indirekte Steuern zu bekommen, das indirekte Steuer system noch weiter und weiter auszubauen und damit die Notwendigkeit direkter Steuern zu verschleiern. Es war sehr interessant, daß Freiherr v. Hertling mit viel juristischer Feinheit darlegte, die Erbschaftsteuer sei ungerecht, weil man mit jeder Staffelung Herren und Ungleichheiten schaffen würde. Das sagen dieselben Herren, die für indirekte Steuern, für eine Grundsteuer und für einen Kaffeezoll eintreten, also für Steuern, die die denkbar ungerechten sind und die Armen in härtester Weise treffen, um so härter, je ärmer sie sind. Sie (zum Zentrum) brauchen sich wahrlich nicht aufzuhalten über die Ungleichheiten und Härten einer Erbschaftsteuer! (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.)

Der § 9 des Erbschaftsteuergesetzes will die Besteuerung auf Kinder und Ehegatten ausdehnen. Ich kann mir nicht verbergen, den Herren von der Regierung zu bemerken, daß dieser Gedanke sozialdemokratischen Ursprungs ist. Was die Herren 1906 uns gegenüber als unannehmbar, undurchführbar, utopisch und phantastisch hinstellten, haben sie sich jetzt genötigt gesehen, in ihr Gesetz aufzunehmen. Freilich haben sie ein gehöriges Quantum Wasser in den sozialdemokratischen Wein gegeben. Deshalb will unser Antrag diese abschwächende Verbesserung wieder aus dem Gesetz herausbringen. Wir wünschen vor allem, daß die ungelieblichen Kinder hinsichtlich des ihnen vom Vater zugefallenen Erbteils genau so milde behandelt werden, wie die ehelichen. Wir wünschen ferner, daß nicht nur kinderlose Ehegatten zur Steuer herangezogen werden, sondern auch solche mit gemein samen Kindern, sonst würde die Folge sein, daß in der Zwischenzeit, bis der hinterbliebene Ehegatte verstorben, große Vermögensbestände abhanden kommen. Ohne Annahme unseres Antrages würde das Gesetz ein bedenkliches Loch haben. Die von uns geforderte Erhöhung des Ausgangssatzes auf 1 1/2 Proz. ist außerordentlich bescheiden. Bei Erbfällen von 10 000 Mk. würden dann statt 100 Mk. 150 Mk. entrichtet werden. Das wesentliche unseres Antrages ist die Verjährung der weiteren Stufen. Es spricht aber nicht der mindeste sachliche Grund dafür, die großen Erbschaften, ob sie zwei, drei, zehn oder zwanzig Millionen betragen, immer mit dem gleichen Satze von 4 Proz. heranzuziehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nach unserem Antrage soll erst bei einem Erbfall von 60 Millionen der höchste Satz von 20 Proz. bezahlt werden. Das ist noch lange keine sozialdemokratische Konfiskation des Eigentums. Ich verweise nur auf die englischen Sätze, die über unseren Antrag noch hinausgehen. (Hört, hört! bei den Soz.) Es ist eine geradezu lächerliche Behauptung, wenn von der Gefährdung des bauerlichen Eigentums gesprochen wird. Die Bauern, die hinter dem Pfluge gehen, werden nicht getroffen, sondern nur gewisse Leute, die im Privatleben die Bezeichnung Bauer mit einer Duelle forderung beinhalten. (Heiterkeit.) Und die sich die bauerliche Maske nur zu demagogischen Agitationszwecken vorbin den. (Sehr wahr! links.) Das Zentrum macht diese Demagogie wieder mit. So dumm werden aber auch die Zentrumswähler nicht sein, daß sie eine Volksfreundlichkeit nicht durch schauen, die in der Besteuerung der Grundbesitzer und der Freilassung reicher Erbschaften besteht. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Den Antrag Camp lehnen wir natürlich ab. Hinter der Minderheit hier im Saale steht die Mehrheit des Volkes. (Leb. Zustimmung links.) Die Grundlage der Finanzreform ist der agrarische Charakter des Reichstagswahlrechts. (Leb. Sehr richtig! bei den Soz.) Die Regierung sollte endlich unserem Antrag auf eine gerechte Einteilung der Wahlkreise stattgeben. Mit dieser Einteilung herrscht heute kein gleiches Wahlrecht, sondern ein agrarisches Wahlrecht. (Leb. Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn die Regierung ernstlich sich von dem agrarischen Joch befreien wollte, was ich aber nicht annehme, so hätte sie durch gerechte Wahlkreiseinteilung einen Weg zu diesem Ziele. Und eben so ist es mit der Wahlrechtsreform in Preußen.

Es gibt ein Lustspiel von Adelburg: „Zwei glückliche Tage!“ Es werden dort die beiden glücklichen Tage eines Villenbesizers geschildert, nämlich der eine Tag, an dem er die Villa kauft, und der zweite, an dem er sie wieder los wird. So geht es auch mit diesem jetzigen Reichstag aus den Reichstagswahlen von 1907. Als er gewählt war, ging ein Jubel durch gewisse Teile des Volkes, sie hatten den ersten glücklichen Tag, den zweiten werden sie haben, wenn sie ihn wieder los sind. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Soz.) Dieser zweite glückliche Tag sollte recht bald kommen. Herr v. Nitzsche meinte die Konserverativen erfüllen eine Pflicht gegen das Vaterland, wenn sie die

Verbundene Augen.

Roman von Max Kreher.

(Nachdruck verboten.)

44 Felix war starr. Er konnte nicht mehr an sich halten. Der elementare Jörn des schwer Getriebenen erschauerte ihn, der seine Ehre dreifach in den Not gezogen hielt. Er wollte auf der Stelle zu Danielberg hinuntereilen, ihn zur Rede stellen, ihm seine maßlose Verachtung ins Gesicht schleudern und ihm die bestimmte Erklärung abgeben, daß er durch diese elende Dandylungsweise seine augenblickliche Lage nur verschlimmert habe, und daß er, Felix, den Spieß nun umdrehen werde, um sein Schuldbüro rücksichtslos zu belasten.

Aber die Bitte seines Bruders hielt ihn zurück. Artur hatte recht: dadurch wurde nichts erreicht. Wenn Danielberg noch mehr gereizt wurde, so trieb er seine Unbarmherzigkeit auf die Spitze — diese Unbarmherzigkeit einer niederen Kreatur, die, wenn sie mitgerissen wurde, mit einem letzten Sprunge noch den Gegner in die Tiefe zog. So mußte man also sorgsam überlegen und diplomatisch zu Rate gehen, um einen Ausweg zu finden.

Die Brüder schwiegen sich aus, gleich zwei Menschen, die über die Lösung eines dunklen Rätsels in tiefes Brüten versunken sind. Leutnant Trola blickte vor sich auf den Teppich, der Rechtsanwalt jedoch betrachtete ihn mit stiller Behmut. Was für ein famoser, hübscher Junge, der da vor ihm saß wie am Rande eines Abgrundes, über den er nicht hinweg konnte. Und doch winkten ihm jenseits Ehren, Auszeichnungen und viel leicht auch Glück und Ruhm.

Nein, dieser gesunde Junge durfte nicht fallen. Dunkel hämmerte Felix ein Plan, der ihn allmählich zu beherrschen begann.

Leutnant Trola erhob sich und reichte Felix die Hand. „Ver zeihung, Bruder, für alles, was ich dir an den Kopf geworfen habe. Aber wie die Sache nun einmal lag —“

Rechtsanwalt Trola ließ ihn nicht antworten, sondern zog ihn an sich in seine Arme. Beide tauchten Köpfe aus. Endlich hatten sie sich wieder ganz gefunden in alter, brüderlicher Liebe. „Wieder hast du den ganzen bekommen?“ fragte Felix dann.

„Ungefähr Reichtum.“

„Und wieviel schuldest du jetzt?“

„Nicht Reichtum.“

Während Felix mit Ausruhen der Ueberraschung vor ihm saß und abdriftete, fuhr Artur fort: „Zuletzt schrieb ich nur blindlings drauf los, in der Erwartung, er würde mir wenig stens annähernd die volle Summe schicken. Aber er profitierte mir etwas. Schließlich verließ ich mich auf dich, denn er schrieb mir jedesmal, daß ich ganz beruhigt sein könnte, denn du bekämpst

die Papiere zu sehen. Er wollte jedesmal das Fehlende nach senden, vergah es aber wohlweislich.“

Felix war gerade dabei, Danielberg mit einigen Bezeichnungen zu belegen, die in keinem Verzeichnis zu finden sind, als es leise klopfte und Emma mit einem silbernen Tablett hereintrat, auf dem eine Flasche Wein und zwei Gläser standen.

Sie hatte, als das Mädchen Artur geöffnet hatte, durch die Spalte der Stubentür geblickt und nach der Photographie sofort ihres Mannes Bruder erkannt. Nun wollte sie es sich nicht nehmen lassen, den beiderseitigen Gott selbst zu bezeugen, erfüllt von dunkler Ahnung, daß es mit diesem unerwarteten Auftauchen des Leutnants besondere Verwandnis haben müsse.

Etwas eingeschüchelt blieb sie an der Tür stehen, nachdem sie mit einem freundlichen Lächeln „Guten Morgen“ geäußert hatte. Artur machte eine silbvolle Verbeugung, Felix jedoch sprach sich zum liebenswürdigen Vortellern. Noch unter dem Eindruck der Enthüllung des Bruders, kam ihm diese Störung etwas unangelegen, und so war er kürzer angebunden, als er es wollte.

Sie aber, in reisender Morgentoilette, übte ihren Hauber aus. „Gestatten Sie, Herr Leutnant, daß ich Sie herzlich willkommen heiße in unserm Heim.“ begann sie und stellte Flasche und Gläser auf den Tisch. „Sie werden gewiß große Vorurteile gegen mich mitbringen, aber was in meinen schwachen Kräften steht, soll gelassen, um dieses Vorurteil zu zerstreuen.“

Und während sie zwei Gläser vollschänkte und ihn bat, es nicht als andringlich zu betrachten, wenn sie ihn bitte, sich nach der weiten Fahrt durch einen Schluck zu stärken, fuhr sie fort: „Vielleicht sei ich in Ihren Augen, wenn Sie in mir nur die Frau Ihres Bruders sehen.“

Verleitet durch die Frömmigkeit ihres Mannes, nickte sie abermals freundlich und ging wieder hinaus.

Du kannst ihn ruhig trinken, er ist von mir bezahlt.“ sagte Felix dann, ärgerlich über sich selbst, sie nicht zum Weiben auf gefordert zu haben. „Prost, mein Junge.“ — auf unter Hannenber, unsere Heimat und unsere Mutter.“

„Prost!“ rief Artur ein, trank aber nicht gleich. Das gefüllte Glas in der Hand, blickte er auf die Türe, hinter der Emma verschwunden war. „Hör mal, ich habe sie mir ganz anders vorgestellt.“ sprach er weiter.

„Doch nicht etwa schief?“ fragte Felix bißig.

„Das nicht, aber sojaguen mit dem Odium der Danielbergs behaftet — vermischt und links.“ Bardou, ich scherze ja nur.“

War sie auch, mein Junge?“ warf Felix lächelnd ein. „Ich habe sie idealisiert. Du hast es ja gehört, wie fastastisch sie sich gleich einfärbte. Sie meinte eben, daß ein Trola niemals lächeln wählen könne.“

„Das hat mir gerade imponiert.“. Merkwürdig, wie die Namen der Männer sich gleich ändern, sobald mit Thie ein Weib hinein plagt.“

Doktor Trola lächelte aufs neue, diesmal innerlich beglückt. Wenn man ihm nur seine Frau zufrieden ließe, dann würde sich auch alles andere finden. Er hatte heute vormittag auf dem Gericht nichts zu tun, so konnte er also den Bruder spazieren führen, um sich ihm einmal gehörig zu widmen.

Sie wollten beide irgendwo in der Stadt zu Mittag speisen, nachdem Felix in seinem Bureau vorgeprochen haben würden. „Empfehle mich deiner Frau“, sagte Artur, „wenn ich bitten darf, mit einem auf Wiedersehen.“

Doktor Trola nickte, holte seine Garderobe herbei und ging dann ins Nebenzimmer, um sich von Emma zu verabschieden. Er fand sie weinend am Fenster sitzen.

XIII.

Am andern Tage kam die Auseinandersetzung zwischen Trola und seiner Schwiegermutter, die er mit Absicht herbeigeführt hatte. Mutter und Tochter weinten. Die Alte namentlich verzehrte sich immer aufs neue hinter Tränen. Die Sache mit der Erbschaft sei doch eigentlich nur eine Follie gewesen, um ihm das Leben zu erleichtern. Emma sei eigentlich schuld daran, denn sie habe so sehr darum gebeten. Trola könne ja alles wieder gut machen, indem er den Wunsch ihres Mannes erfülle und sich seiner Sache annehme.

„Wenn Sie wüßten, wie er unten herumläuft, auf uns alle tobt, dann würden Sie Erbarmen haben. Es ist ihm ja nur darum zu tun, seinen Willen zu haben. Etwas Dankbarkeit könnten Sie ihm auch entgegenbringen.“

Trola schüttelte unbarmherzig mit dem Kopf. Jetzt wohl noch, nachdem er auch seinem Bruder die Kehle zugeschnitten habe? Niemals. Gerechtigkeit müsse es geben.

Aber während er äußerlich hart blieb, war er im Innern von Mitleid erfüllt, die aus dem Unglück Arturs hervorgegangen war. Er lehnte förmlich noch ein Zusammentreffen mit Danielberg herbei, um den Versuch zur Rettung des Bruders zu machen.

„So sehen Sie doch wenigstens Ihre Frau an. Tut die Ihnen denn nicht leid?“ fuhr die Alte jammernd fort und wies auf Emma, die mit feuchten Wangen in einer Ecke saß.

Ohne etwas ausgerichtet zu haben, ging sie dann, zwar mit lautem Seufzer, aber doch mit dem stillen Selbstgefühls, durch ihr fortgeschrittenes Ärgern sich selbst am meisten belogen zu haben.

Es war am Abend, als Emma vor ihrem Mann die Hände rang. „Nette ihn.“ flehte sie. „Eine innere Stimme jagte mir, daß du allein dazu imstande bist. Vergiß nicht, daß es mein Vater ist, der es auch bleiben wird, mag er getan haben, was er will. Wenn du mich nur ein wenig lieb hast, wirst du es tun.“

Er blieb stumm.

Wißtlich konnte sie nicht mehr zurückhalten mit dem, was sie ihm so gern verschwiegen hätte.

„Damals vor Jahren, als du das Geld für deinen Bruder brauchtest und Papa es dir nicht geben wollte — damals lag ich

Erbschaftsteuer ablehnen. Nun, die Regierung sollte den Konservativen Gelegenheit geben, sich recht bald mit dem Vaterland zu verständigen. (Sehr. Bravo! bei den Soz.)
Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fr. Rp.): Dem Antrag Raab stimmen wir zu. Der Antrag Albrecht geht uns zu weit. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Antrag Camp bedeutet eine Zurückschraubung des Reichsgedankens. (Sehr richtig! bei den Liberalen.) Ihm können wir nicht zustimmen. Für die jetzige Situation ist nichts charakteristischer, als die diplomatische Haltung des Zentrums. Bei den Worten des Freiherrn v. Hertling über die dunkle Zukunft mußte ich an die Verse Thomas denken:

Die Zukunft muß als dunkel gelten
Die Gegenwart ist auch nicht klar.
Und mancher weiß im Lauf der Welt
Nicht einmal mehr, was gestern war.

(Seiterkeit.) — Wenn es nach den Wünschen des Zentrums ginge, so wäre die Zukunft Deutschlands nicht nur dunkel, sondern schwarz über und über. (Seiterkeit und Zustimmung links.) Das Zentrum hat ja förmlich auf die Konservativen gelauert und ihnen einen feilen Haken nach dem anderen hingeworfen, bis es sie allmählich an Hammelein bekommen hat. (Sturm. Seiterkeit.) Den dieses politische Unter einmal in den Klauen hat, den läßt es so bald nicht mehr los (erneute Seiterkeit), bis es ihn aufgefressen hat.

Auch wir haben Bedenken gegen die Erbschaftsteuer, aber wegen der Not des Reiches haben wir viel zurückgestellt. Das Zentrum hat amgekehrt gehandelt. Wenn das Land über das wahre Wesen der Erbschaftsteuer aufgeklärt wäre, so würden die Bauern manchen Schwärmer aus der Agitationsstube die Türe weisen.

Vizepräsident Kämpf: Herr Abgeordneter, Sie dürfen das hohe Haus nicht eine Agitationsstube nennen. (Schallende Seiterkeit im ganzen Hause und auf den Tribünen.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fortfahrend): Ich habe keineswegs den Reichstag gemeint. (Erneute große Seiterkeit. Rufe rechts: Rufus Schumann! Rufe rechts: Nein, Rufus! Rufus!) Das Zentrum hat dreimal seinen Standpunkt zur Erbschaftsteuer gewechselt. Seine jetzige schroffe Haltung ist von dem Streben diktiert, den verhassten Blockzähler zu stürzen. Nur Graf Westarp, der Unschuldige, weiß nichts davon. O, Sancta Simplicitas! (Schallende Seiterkeit.) Die Erbschaftsteuer ist für uns der Kräfte sozialer und staatlicher Gewinnung. (Lauter Beifall links.) Ohne sie hat die ganze Reichsreform für uns jedes Interesse verloren. Die liberalkonservative Mehrheit mag sie dann allein, ganz wie sie will, zustande bringen. (Sturm. Beifall links, lautes Zischen rechts und im Centrum.)

Abg. Dr. Heim (Str.) erklärt, er sei zwar prinzipieller Anhänger der Erbschaftsteuer, aber die Erbschaftsteuer, wie sie ihm vorschwebt, sei derart, daß die Rente sie sicher ablehnen würde. (Große Seiterkeit.) Das mobile Kapital entzieht sich der Besteuerung. (Sturm. Zustimmung rechts.) Ich habe unvorbereitet das Wort ergriffen und daher kann ich meinem Gehirnschmerz nicht so schöne Redensarten abholen, wie sie Dr. Müller-Meinungen vorgebracht hat. (Schallende Seiterkeit.) Gestatten Sie mir zum Ernst — ich meine zum Schluß (Große Seiterkeit links) noch eine Bemerkung. Eine Erbschaftsteuer muß das mobile Vermögen erfassen, aber eine Erbschaftsteuer, die die Landwirtschaft gefährdet, ist in Grund und Boden falsch.

Abg. Dr. Lattmann (Wirtsch. Vg.): Die Mehrheit meiner Freunde wird im Interesse des Zustandekommens der Finanzreform für die Erbschaftsteuer stimmen, obwohl wir die Bedenken gegen sie für berechtigt halten.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Albrecht (Soz.) wird in allen Teilen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Nur bei dem Abj., der die ungelieblichen Kinder den ehelichen gleichstellt, stimmt die gesamte Linke, sowie die Abg. v. Camp und v. Hohenlohe für den Antrag. Der Antrag Raab (Wirtsch. Vg.) wird abgelehnt.

Die Abstimmung über den unveränderten Antrag 9a ist eine namentliche. Der 9a wird mit 195 gegen 187 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Damit ist die

ihm zu Füßen, wie ich dir steht. Es war in der Nacht, du wirst mein Weinen gehört haben. Da streckte er die Hand aus und schlug mich. Und ich ertrug die Schläge um deinetwillen. Denn ich liebe dich mit ganzer Seele, wie ich dich heut noch liebe und immer lieben werde, wenn ich auch schwer unter deiner Verachtung meines Vaters leide.

Sie konnte nicht mehr weiter. Unausführliches Schluchzen ging wie ein Sturm durch ihren Körper.

Die erschütterte hob er auf, Tränen der Reue um sie in den Augen. Wie ein Kind nahm er sie in seine starken Arme und trug sie auf das Knie. Was mußte sie alles stumm gelitten haben, wenn sie dieses Bild grenzenloser Aufregung bieten konnte.

Vernimm dich nur, ich will es tun." Er strich ihr das Haar aus der Stirn und trocknete ihr die Tränen mit einem Taschentuch. Plötzlich fühlte er seine Hand an ihre Lippen geführt. (Schluß folgt.)

Kleines Feuilleton.

Die Herkunft der Seefische. Der Fischmeder im Binnenlande, der an der Table d'hôte eine ledere Sezunge genießt, hat meistens ebenso wenig wie der Arbeiter, der ein dätiges Stück Seelisch verzehrt, eine klare Vorstellung davon, woher diese Fische stammen. Natürlich aus der See! Aber das Meer ist so weit und groß, daß nur sein kleinster Teil befishet werden kann, und viele Gegenden des Meeres kommen schon wegen ihrer großen Tiefe und zum Teil wegen Unergründlichkeit nicht als „Fanggrund“ oder „Fischplatz“ — so lautet die sachmännliche Bezeichnung unserer Westmänner und Bremerhavener Fischdampferkapitäne — in Betracht. Als die hochseefischerei nur mit Segelfahrzeugen betrieben wurde, entfernten sich die Schiffe noch nicht gar zu weit von der Küste; sie lagen ihrem Gewerbe bei Helgoland und auf den Gründen, die den ost- und nordfrischen Inseln vorgelagert sind, ob. Die Fischdampfer von Bremerhaven und Westmünde gehen aber heutzutage weiter hinaus, befishen die mittlere, östliche und nördliche Nordsee, das Skagerrak und Kattegatt, zum Teil die westliche Ostsee und den Atlantischen Ozean. In der Nordsee ist einer der wichtigsten Fanggründe die Doggerbank, auf der sich der bekannte Zwischenfall zwischen der nach Ostasien fahrenden russischen Flotte des Admirals Roschidewski und englischen Fischdampfer ereignete. Die Doggerbank ist eine unterseeische Erhebung, die sich in der Richtung von Nordost nach Südwest hinzieht und ungefähr die halbe Breite der Nordsee einnimmt. Die Wassertiefe auf der Bank beträgt durchschnittlich 40 Meter. Bei Zütland liegt die Zütlandbank und Hornsiff, dessen Wassertiefe bei den Fischern daraus erhellt, daß ein Westmünder Fischdampfer nach ihm benannt ist. Weiter westlich von der Zütlandbank liegen die kleine und die große Fischerbank, außer denen es noch eine ganze Anzahl weniger allgemein aufgesuchter Gründe gibt. Die größeren Westmünder und Bremerhavener Fischdampfer, die genügend Kohlenfahrgeschwindigkeit haben, suchen ferner die Gegen bei den Schetlandinseln und bei den Faröer auf und vor allem die isländische Küste, wo besonders Kabeljau und Schellfisch in großen Massen gefangen werden. Während die Nordseefische bis 10 Tage dauern können die Fangreisen von der Westmündung nach Ostsee 12 bis 21 Tage in Anspruch. Noch länger dauern die gefischten Reisen nach dem Weißen Meer und den Fischgründe. Die Westmünder und Bremerhavener Fischdampfer, die leichtere Gegen aufsuchen, bringen ihren Fang in Deutschland, sondern sehen ihn in Dänemark und Ostsee. Die übrigen fischen bei besonderer Marktlage auch manchen auf der Zütlandbank ihren Fang im Ausland, und zwar dann vorwiegend in Aberdeen oder Grimsby.

Erbschaftsteuer gefallen. Das Resultat wird mit tiefem Schweigen aufgenommen.

Hierauf werden die ersten Abschnitte des Entwurfs debattiert. Bei Abschnitt 23 begründet

Abg. Singer (Soz.) einen Antrag, Grundstücke, die gewerblichen Zwecken dienen, denen die land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienen, gleichzustellen und dem Erben die Zahlung der Steuern in Raten zu gestatten. Was der Vorwortsatz recht sei, müsse den Gewerbetreibenden billig sein.

Der Antrag wird abgelehnt. Desgleichen der Abschnitt 23 und debattiert eine Reihe weiterer Abschnitte. Beim Abschnitt 26 begründet

Abg. Singer (Soz.) einen Antrag, die jetzt geltende Befreiung der Landesfürsten von der Erbschaftsteuer zu streichen. Unser Antrag spricht so sehr für sich selbst, daß man sich nur wundern muß, daß die Fürsten sich so lange weigern, die Erbschaftsteuer zu zahlen. Es wäre für sie Ehrenpflicht, zur Vinderung der Finanznot beizutragen. Da sie es nicht freiwillig tun, sollte die Volksvertretung es aussprechen, daß auch die Fürsten berufen sein müssen, der Not des Volkes zu helfen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt. (Höhnische Rufe links: Die Polen! Stürmische Rufe rechts: Bravo! den Polen.) Der Rest des Gesetzes und auch die Ueberschrift wird abgelehnt.

Vizepräsident Dr. Baasche: Nachdem der Gesetzentwurf in allen Teilen abgelehnt ist, ist eine dritte Lesung nicht möglich. Weiter teile ich mit, daß beim vorläufigen Ergebnis der Abstimmung des 9a ein Irrtum unterlaufen ist. Zwei Abgeordnete haben doppelte Stimmabgaben. Einen mit ja, einen mit nein. (Stürmische Seiterkeit.) Es haben also 186 mit ja, 194 mit nein gestimmt.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Zweite Lesung des Reichsstempelgesetzes des Wechselstempelgesetzes und Fortsetzung der Beratung des Finanzgesetzes.)

Während Vizepräsident Baasche die Sitzung für geschlossen erklärt, ertönen von links laute Rufe: „Wöllo, Wöllo!“ Schluß 4 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Serrenhaus.

17. Sitzung vom 24. Juni, 12 Uhr.

Im Ministerrath: v. Breitenbach.
Präsident v. Manteuffel eröffnet die Sitzung.
Der Gesetzentwurf über die Landwege im Regierungsbezirk Kassel wird unverändert angenommen.

Es folgt die Beratung der Kahlbrandvorlage. Die Kommission beantragt unveränderte Annahme.
Stadtdirektor Trammann-Dannover begrüßt den Vertrag. Die Regierung habe die preussischen Interessen gut zu wahren verstanden. Höchstens kann man ihr den Vorwurf machen, daß sie versucht habe, die Vorlage in außerordentlich schneller und wenig sachgemäßer Weise im hannoverschen Provinziallandtag zu verabschieden. Gerade bei solchen Vorlagen sei es nötig, daß die Provinziallandtage ihr sachverständiges Urteil abgeben können.

Eisenbahnminister v. Breitenbach erwidert, der Vorwurf, daß der hannoversche Provinziallandtag die Vorlage zu schnell erledigen mußte, sei ungerechtfertigt. Bei Staatsverträgen lasse sich das nicht umgehen. Die hamburgische Bürgererschaft habe das Gesetz widerstandslos angenommen. Er hoffe, daß das auch hier geschehe.

Die Vorlage wird hierauf en bloc genehmigt.
Ohne wesentliche Debatte wird der aus Anlaß eines Antrages des Abg. Dr. Wönn von Abgeordnetenhaus angenommene Gesetzentwurf betreffend den Grunderwerb am Rhein-Weier-Ranal und am Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin, der den Zweck hat, einer ungeliebten Boden speculation an den Kanälen entgegenzuwirken, unverändert angenommen. Die Denkschrift über die Ausführung der Gesetze betreffend die Verteilung der Wohnungsverhältnisse der Staatsarbeiter und Unterbeamten wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Die Vorlage über Änderungen des Höferechts in der Provinz Hannover wird darauf en bloc einstimmig in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Bei der Beratung der Denkschrift über die Ausführung des Anstaltengesetzes im Jahre 1908 weist

Oberbürgermeister Strudmann darauf hin, wie vortrefflich das Anstaltengesetz sich entwickelt hat. Es fehlt nur noch an deutschen Arbeitern für die Bewirtschaftung des Großgrundbesitzes im Osten. Deshalb muß die Regierung ihre Aufgabe vor allem darin sehen, die deutsche Bevölkerung im Osten zu vermehren. Dann werden sich auch deutsche Landarbeiter finden und der Osten wird wieder eine deutsche Burg werden. (Beifall.)

Oberbürgermeister Knoblauch-Bromberg schließt sich diesen Ausführungen an Grund einer 19jährigen Erfahrung im Osten an.

Die Denkschrift wird durch Kenntnisnahme erledigt, ebenso das Regulativ für die Anstaltungskommission.

Es folgen Petitionen. Eine Petition des Denzinger Mietervereins auf Beseitigung des Vorrechts der Hausbesitzer bei den Stadtordnungswahlen wird der Regierung als Material überwiesen. Schließlich berät das Haus über eine Petition, die vom Bund Deutscher Frauenvereine eingereicht ist und um Abänderung des Anstaltengesetzes zum Unterhaltungswohngesetz zwecks Veranlassung der Väter unehelicher Kinder und härtere Verhältnisse der Pflichten zur Erfüllung einer Unterhaltungsobligat fordert.

Der Berichterstatter teilt u. a. mit, daß die Regierung in der Kommission eine teilweise Änderung des Gesetzes im Sinne der Petition angestimmt habe.

Die Petition wird ohne Debatte der Regierung als Material überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Das Haus vertagt sich auf Freitag 11 1/2 Uhr: Stempelsteuergesetz, kleinere Vorlagen, Rechnungslagen.

Schluß: 3 Uhr.

Den Bericht über die Sitzung des Abgeordnetenhauses können wir Raum mangels wegen erst morgen bringen.

Soziales.

Erfolgreiche Krankenlastererwahl. In Oberkirch bei Offenburg siegte bei der Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse die Liste der freien Gewerkschaften über die Liste der christlichen Gewerkschaften.

ss. Regelung der Arbeitszeit in Bädereien in Finnland. In den „Documenten des Fortschritts“ schreibt das Mitglied des finnlandischen Landtages Dr. Leo Chrooth über das am 1. Juli d. J. in Kraft tretende Bädereigesetz, das die wöchentliche Arbeitszeit in Bädereien auf 48 Stunden festlegt. Das betreffende Gesetz bildet die erste der in Finnland nach dem Siege der aufständigen Bewegung der Erledigung harrenden großen Sozialreformen. Eine im Jahre 1904 veranstaltete Enquete stellte für die finnlandischen Bädereien dieselben traurigen Verhältnisse — übermäßig lange Arbeitszeit, Nacht- und Sonntagsarbeit, Krankheiten unter den Arbeitern, Schmutz in den Bädereien — wie wir sie auch anderweitig vorfinden. fest. Während aber in Deutschland die Folge einer gleichen Untersuchung der Erledigung jener ganz unzulässigen Bundesratsverordnungen war, die die Arbeitszeit in Bädereien auf 12 Stunden täglich beschränken und eine jährliche Sonn- und Feiertagsruhe gewähren, trat die auf Grund des neuen Wahlrechtsgesetzes zusammengekommene Volksvertretung in Finnland radikaler auf. Sie ging sogar über den Regierungsentwurf, der zwar eine Einschränkung der Nacht- und Sonntagsarbeit, aber keine Bestimmung über eine Maximalarbeitszeit enthielt, weit hinaus. Die

auch Sozialdemokraten und einigen vürgerlichen Abgeordneten zusammengelehnte Mehrheit beschloß mit einem Uebergewicht von 4 Stimmen — die Minorität wollte eine Festlegung auf 54 Stunden — die Festlegung einer wöchentlichen Maximalarbeitszeit von 48 Stunden. Die Dauer der täglichen Arbeitszeit darf 10 Stunden nicht übersteigen, wobei der Beginn der Arbeitszeit auf 6 Uhr morgens festgelegt wurde. Ueber die wöchentliche Maximalarbeitszeit hinaus dürfen im Jahre höchstens 100 Ueberstunden gemacht werden, aber nicht mehr als 10 in einer Woche. Ueberarbeit ist mit 50 Prozent Aufschlag zu bezahlen. Als einzige Ausnahme vom dem Verbot der Nachtarbeit kann die lokale Behörde zehnmal im Jahre unter besonderen Umständen die Verrichtung von Nachtarbeit gestatten. Dem Kost- und Logisunwesen sucht das Gesetz dadurch entgegenzuwirken, daß es bestimmt, der Lohn sei in Geld, nicht in Naturalien auszuzahlen.

Trotzdem der Senat in seinem Gutachten gegen verschiedene Bestimmungen des Gesetzes gewichtige Bedenken geltend machte, empfahl er das Gesetz, das zunächst als ein Versuch betrachtet wird, doch der kaiserlichen Zustimmung, die denn auch erfolgte. — Jedenfalls wird es von großem Interesse sein, die Wirkungen der beschlossenen radikalen Maßnahmen zu verfolgen. Das finnische Bädereigewerbe ist technisch noch sehr wenig entwickelt, so daß kaum zu erwarten ist, daß die plötzliche außerordentliche Verkürzung der Arbeitszeit durch eine intensivere Arbeit weit gemacht werden wird, wie dies zum Beispiel in unseren fortgeschrittenen Konsumereinsbädereien der Fall ist. Wird die Folge nun eine Herabdrückung des Arbeitslohnes sein oder wird umgekehrt das Gesetz den Anstoß zu einer um so rascheren technischen Entwicklung geben? Die Beantwortung dieser Frage wird nicht ohne Bedeutung sein für die Beurteilung radikaler gesetzgeberischer Maßnahmen überhaupt.

Industrie, Handel und Verkehr.

Die Durchbrechung des Petroleummonopols. Den ersten größeren Mißerfolg seit ihrem Bestehen hat die Standard Oil Co. jetzt erlitten. Die Unterjochung der galizischen Petroleumproduzenten ist ihr nicht gelungen. Neben den galizischen Produzenten ist der Standard Oil Co. eine weitere Konkurrenz in noch größerer Nähe entstanden. Zur Uebernahme aller Pearson Oelformationen in Mexiko ist eine Gesellschaft mit einem Kapital von 25 Millionen mexikanischen Dollars gegründet worden. Das bedeutet den Abbruch eines langen Konkurrenzkampfes zwischen der Standard Oil Co. und den Engländern. Einem Kampfe, der an Heftigkeit den am Galizien geführten noch übertraf. Die in Betracht kommenden Felder sind nämlich für den Export außerordentlich günstig gelegen, da es nur ganz kurzer Zeitungen bedarf, um das Öl in die Raffinerien und von dort auf die Tankschiffe zu befördern.

Vereins-Kalender.

Die nachstehenden durch Gedruckt hervorgehobenen Vereine gehören den in Betracht kommenden Zentralorganisationen an: Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“, Arbeiter-Sänger-Bund „Weisheit“, Arbeiter-Turner-Bund.

Freitag.

Arb.-Gesangverein „Waldbusch“ 8 Uhr bei Tuxhorn, Bleichstr. Männer-Gesangverein „Freie Stunde“ 9 Uhr bei Sewing, Burgweg 93.

Gesangverein „Concordia“ 9 Uhr bei Kleinert. „Leutonia“ 10 Uhr bei Kahl, Serfordstraße 137. Zitherklub „Alpenrose“. Rides, Nebelswall.

Freie Turnerschaft Bielefeld, Abt. „Vorwärts“ 8 1/2 Uhr bei Freudenau, Deperstraße.

Abt. „Eintracht“ 8 1/2 Uhr bei Langewort, Detmolderstraße. Abt. „Eichenkrantz“ 8 1/2 Uhr b. Rohmann, Altenhildesheimerweg. Abt. „Jahn“ 8 1/2 Uhr bei Stadbrücker, Turnerstraße.

Abt. „Gaddebaum“ 8 1/2 Uhr bei Stadbrücker, Hallerweg. Abt. „Sollnung“ 8 1/2 Uhr bei Abenbrant, Serfordstraße.

Bielefelder Kraftsportvereinigung 9 Uhr im „Berliner Hof“. Freie Radfahrer-Vereinigung, Abteilung 5, 9 Uhr bei Apenbrant.

Radfahrerverein „Tourist“ Sitzung bei Selms, Jöllenbiederstr. Radfahrerverein „Transvaal“ 9 Uhr bei Wirt Köner zu Eichen. Radfahrerklub „Lora“ 9 Uhr bei Böbber, Heeperstraße.

Regellklub „Freie Bahn“ 9 Uhr bei Fritz Bedmann, Kl. Howe. Regellklub zu den drei Linden 9 Uhr bei Rikert, Schlenkerweg. Gutmtemplorden. Voge Bielefeld. 8 1/2 Uhr. Or. Kurfürstenstr. 51.

Ringklub „Alber“ 8 1/2 Uhr bei Karl Blome, Webersstraße. Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Arbeiter-Radfahrerverein „Freiheit“ 8 1/2 Uhr bei Karl Schröder.

Brackwede. Freie Turnerschaft, Abt. „Frisch Auf“, 8 1/2 Uhr bei Wirt Schröder.

Abteilung „Fichte“ 8 1/2 Uhr bei Wirt Goldstein. Abteilung „Deutsche Kraft“-Ummeln an bekannter Stelle 8 1/2 Uhr.

Thesen. Arbeiter-Gesangverein „Hoffende“ 8 1/2 Uhr bei Wilhelm Meier-Ditrich.

Sudbrak. Arb.-Turnverein „Frisch Auf“ 6. Wirt Rohmann. Schildische. Radfahrerklub „Einigkeit“ 8 1/2 Uhr im Heilingsring. Schildische. Arb.-Turnverein „Deutsche Eiche“ 8 Uhr bei Rechterbed.

Schildische. Arbeitergesangverein „Schildische“ 8 1/2 Uhr bei Köner, Bielefelderstraße.

Schildische. Regellklub „Fortuna“ 8 1/2 Uhr bei Siekmann, Serfordstraße 8.

Dornberg. Turnverein Jahn 7-9 Uhr bei Jandistel, Bürgerweg.

Grate. Arbeiter-Turnverein „Eintracht“ 8 1/2 Uhr. Gager: Turnverein „Eintracht“ 9 Uhr im Riermannschen Saale.

Serford. Arbeiter-Turnverein „Stiftberg“ 9 Uhr bei Wirt Tiemeher.

Serford. Arb.-Radfahrerverein „Freie Radler“ 9 Uhr im Restaurant „Zur Traube“, A. Seeger.

Serford. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ 9 Uhr bei Wirt Brodmann.

Serford. Turnverein „Eichenkrantz“ 9 Uhr bei Läge. Sundern. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ 9 Uhr bei Wirt Meier.

Schwelgern. Arbeitergesangverein „Frohinn“ 8 1/2 Uhr bei Wirt Generolph.

Falkenberg. Arbeiter-Turnverein „Eintracht“ 8 1/2 Uhr bei Stille.

Dettinghausen. Arbeiter-Turnverein „Eichenkrantz“ 9 Uhr beim Wirt Dabieder.

Spenge. Arb.-Turnverein „Einigkeit“ 8 1/2 Uhr bei Seimann. Porta. Freie Turnerschaft, Turnabteilung abends 7 Uhr bei Herrn Friede.

Rehme. Arbeiter-Radfahrerverein „Bahn frei“ 8 1/2 Uhr bei Köble.

Rehme. Freie Turnerschaft 9 Uhr bei Köble. Werther. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf“ 9 Uhr.

Rheda. Arbeiter-Gesangverein 8 1/2 Uhr bei August Kipp. Lage. Kraft-Sport-Verein 8 1/2 Uhr bei Karl Voh, Langestr.

Detmold. Arbeiter-Gesangverein 8 1/2 Uhr in der „Centralhalle“.

Leimgo. Freie Turnerschaft 8 1/2 Uhr bei Gastwirt Mohrmann, Lippischer Hof.

Minden. Freier Turnverein abends 8 1/2 Uhr. Stadthagen. Freie Turnerschaft 7 1/2-9 1/2 Uhr im Schaumburner Hof.

Stadthagen. Arbeitergesangverein „Ebelweih“ 7-9 Uhr.

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend
wie bei sämtlichen Agenturen
ins Haus gebracht 60 Pfg. m.
lich. Durch die Post bez.
1,80 M. vierteljährlich erht.
Bestellgeld.

Eingelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn-
Feiertage täglich nachmittags

Fernsprech-Anschluß Nr. 3

Nr. 146.

Die heutige Nummer
einschließlich der Unter

Wir haben gestern eine
Lungsweisse Bülows zu
Schlag, der ihm mit beal
im Bunde mit seinem,
trum, so ungefähr gerade
vorläufig ruhig hingenom
Reichsanzler für Pre
Reichstag gegen die o
das Zentrum. Dieses d
Regierung schlägt sich m
vertragen. das Zentrum
den Wahlkampf gegen d
Grundlage des preußisch
dem Strom der moder
Wenn das deutsche Bürg
lichen Wahlmittle die
herbeizuführen vermoch
so ist es wohl berechtigt
fanzler auch eine geheim
offene Fahrwasser empfi
Es ist also auch bis
im Reichstag nicht blic
die liberalkonservative
Resultate. Nichtsdestow
Bülows erklärt hat, daß
liberalen Parteien mach
daß entweder Bülows ge

Wir wollen hier nur
daß wir diese Erwägung
politikers aus gemacht h
es ganz gleichgültig sein
nicht; im Gegenteil,
würde noch weit größer
gelöst würde. Waren n
auf die Tollheit seines
wir ihn nicht darauf hin
servativen zum Schaden
Aber damals konnten d
Wahltaumel liefern sie h
heit aus Sozialdemokrat
macht werden. Und nun
in Arm mit den reakti
den Siegern von 1907
geworden, denen ihre
Wenn es bei diesem a
politischen Situation ble
Herausforderung keine
wir Sozialdemokraten h
nugung durchaus zufri
Liberalismus noch nie
als Strafe für seinen
Bülowsloß als hinreich

Aber es kommt daro
die Frage tritt in den
Augenblick in der Welt
Macht der wirtschaftlich
Bewegung geist wird,
der junkerlichen Macht
ist. Die Junker haben
griffen, ihnen kommt als
gewohnt ist zu herrschen,
trefflich zu halten, und
von ihren Nachposition
wissen darin besser Vie
zureden möchte und sie
gemeinschaft vertritt ha
befreit, aber ihr Unglück
kommt gerade zu einer
einen so großen Erfo
Persona gratissima bei

Die Liberalen brä
„Frankfurter Zeitung“
„Fürst Bülows lan
gestern erteilt wurde,
von Reputation zu den
Erklärungen vom leht
Seine schwankende
Monate hat zum gut
schuldet, und er ma
Methode eines lästigen
nun doch an dem Urbe
mit fädelnder Wien
gegründet hat. Wie
Fürst Bülows nur ei
stimmung des Bundes
Aufsicht des Reichs
Widerhall finden, ab
setzung haben, die ma
vermisst hat. Man n
Bundesrat die Kraft
und Zentrum finden